Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

18.02.1970 - 37. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

37. Sitzung

am Mittwoch, dem 18. Februar 1970

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Engel, Grantz, Käthe Hoffrage, Iversen.

INHALT

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 2107

Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . 2107

Fragestunde

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 4. November 1969:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Schulwesen der Freien Hansestadt Bremen (Drucksachenabteilung I Nr. 86)

2. Lesung 2107

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 16. Dezember 1969:

Gesetz über die Freigrenze im land- und forstwirtschaftlichen sowie gärtnerischen Grundstücksverkehr (Drucksachenabteilung I Nr. 91)

2. Lesung 2108

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 13. Januar 1970:

Gesetz über das Abkommen über die erweiterte Zuständigkeit der Polizei der Bundesländer bei der Strafverfolgung (Drucksachenabteilung I Nr. 95)

2. Lesung 2108

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 27. Januar 1970:

Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 31. Dezember 1969

(Drucksachenabteilung I Nr. 96) 2108

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 3. Februar 1970:

Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts (Drucksachenabteilung I Nr. 97)

1. Lesung

Abg. Fichtner (NPD) zur Geschäftsordnung . 2108

Bericht Nr. 10 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 18)

Abg. Sagner (CDU) 2109

Abg. Klemmer (SPD) 2109

Abg. Marianne Hänecke (CDU) 2109

Anfrage: Auswirkungen der DM-Aufwertung auf die bremische Wirtschaft (Drucksachenabteilung II Nr. 269)

Aussprache

Abg. Brouwer (NPD) 2110

Abg. Ingeborg Förster (CDU) 2113

Abg. Dr. Franke (SPD) 2116
Abg. Oltmanns (FDP) 2118
Abg. Dr. Schäfer (CDU) 2119
Abg. Fischer (CDU) 2121
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 2122
Abg. Krauss (CDU) 2123
Abg. Koschek (CDU) 2125
Abg. Fichtner (NPD) 2127
Senator für Wirtschaft und Außenhandel Eggers 2127
Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr Dr. Borttscheller 2130
Abg. Gassdorf (CDU) 2131

Antrag: Familienzusatzdarlehen für Altbauten (Drucksachenabteilung II Nr. 224)
Dazu
Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 3. Februar 1970 (Drucksachenabteilung I Nr. 98) ausgesetzt 2132

Präsidium

Vizepräsident **Dr. Zander** Vizepräsident **Dr. Klink**

Schriftführer Ella **Müller**

Am Senatstisch

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Eggers** (SPD)

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr **Dr. Borttscheller** (FDP)

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Seifriz** (SPD)

Senatsdirektor **Kreuser** (Senator für das Bildungswesen)

Senatsdirektor **Dr. Nemitz** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Vizepräsident Dr. Zander eröffnet die Sitzung um 15.16 Uhr.

Vizepräsident Dr. Zander: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Die vorliegenden Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen:

I. Eingänge nach § 21 der Geschäftsordnung

Antrag: Gesetz zur Herabsetzung der Altersgrenze für Beamte im gehobenen Justizvollzugsdienst (Drucksachenabteilung II Nr. 337)

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes
Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Das Bremische Beamtengesetz vom 16. Juli 1957 in der Fassung vom 20. Dezember 1966 (SaBremR 2040-a-1), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes vom 2. Juli 1968 (BremGBl. S. 117) und durch die Gesetze zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes vom 18. Juni 1969 (BremGBl. S. 63 ff) wird wie folgt geändert:

§ 181 a Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Altersgrenze für die Beamten des Aufsichts- und Werkdienstes sowie des gehobenen Justizvollzugsdienstes bei den Justizvollzugsanstalten ist das vollendete 60. Lebensjahr. Sie treten mit dem Ende des Monats in den Ruhestand, in dem sie die Altersgrenze erreichen."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

12. Februar 1970

Stäcker und SPD-Fraktion
John und FDP-Fraktion
Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Antrag: Besteuerung der Verkehrsbetriebe im Nahverkehr

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, sich
erstens im Bundesrat und bei der Bundesregierung dafür verstärkt einzusetzen, daß die öffentlichen Verkehrsbetriebe im Nahverkehr von der Mineralölsteuer befreit werden,

zweitens, daß aus verkehrspolitischen Gründen die Mehrwertbesteuerung auf die öffentlichen Verkehrsbetriebe im Nahverkehr keine Anwendung mehr findet.

18. Februar 1970

John und FDP-Fraktion
Müller-Wolff und SPD-Fraktion

Die beiden Anträge kommen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

II. Eingaben nach § 70 der Geschäftsordnung

Grundsatzforderungen der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft zur Frage der Ausbildung von **Ingenieuren für die Forstwirtschaft.**

Unterlagen des Kirchlichen Außenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Probleme der schulischen und außerschulischen **Erziehung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer** in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Eingaben können in der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

An unserer heutigen Sitzung nehmen als Zuhörer teil zwei Klassen der Realschule Otto-Braun-Straße sowie zwei Klassen der Hauptschule Düsseldorfer Straße. Ihnen gilt unser Willkommensgruß.

(Beifall)

Vom Senat begrüße ich Herrn Senator Eggers, Herrn Senator Thape, Herrn Senator Seifriz.

Außerdem sind anwesend Herr Senatsdirektor Dr. Nemitz und Herr Senatsdirektor Kreuser.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Es ist eine Frage frist- und formgerecht eingereicht worden.

Diese Frage beschäftigt sich mit Erdgas aus der Sowjetunion für Norddeutschland. Sie ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Schäfer, Dr. Sieling und CDU-Fraktion.

Ich bitte den Abgeordneten Dr. Schäfer, die Frage zu stellen.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Hat der Senat im Einvernehmen mit den Regierungen der anderen Küstenländer Kontakte aufgenommen, um russisches Erdgas mit einer Abzweigleitung nach Norddeutschland leiten zu lassen?

Vizepräsident Dr. Zander: Ich darf Herrn Senator Eggers bitten, die Frage zu beantworten.

Senator für Wirtschaft und Außenhandel Eggers: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja!

Vizepräsident Dr. Zander: Ich frage den Abgeordneten Dr. Schäfer, ob er noch eine Zusatzfrage zu stellen wünscht.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Danke schön! Keine Zusatzfrage!)

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 4. November 1969: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Schulwesen der Freien Hansestadt Bremen (Drucksachenabteilung I Nr. 86) 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 28. Januar 1970 das Gesetz in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. —

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 16. Dezember 1969:

Gesetz über die Freigrenze im land- und forstwirtschaftlichen sowie gärtnerischen Grundstücksverkehr (Drucksachenabteilung I Nr. 91) 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 28. Januar 1970 das Gesetz in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 13. Januar 1970:

Gesetz über das Abkommen über die erweiterte Zuständigkeit der Polizei der Bundesländer bei der Strafverfolgung (Drucksachenabteilung I Nr. 95) 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 28. Januar 1970 das Gesetz in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 27. Januar 1970:

Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 31. Dezember 1969 (Drucksachenabteilung I Nr. 96)

Der Senat erstattet einen Zwischenbericht über den Ablauf und das vorläufige Ergebnis der Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen für das Rechnungsjahr 1969.

Von diesem Zwischenbericht hat die Finanzdeputation in ihrer Sitzung am 20. Januar 1970 zustimmend Kenntnis genommen.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Senats Kenntnis.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 3. Februar 1970:

Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts (Drucksachenabteilung I Nr. 97) 1. Lesung

Der Senat überreicht den vorliegenden Gesetzentwurf mit der Bitte um Beschlußfassung und gibt dazu die in der Mitteilung enthaltene Begründung.

Die Deputation für Justiz und Gefängniswesen hat dem Entwurf in ihrer Sitzung am 29. Januar 1970 zugestimmt.

Wir kommen zur 1. Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Fichtner zur Geschäftsordnung.

Abg. **Fichtner** (NPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Vorlage ist uns — jedenfalls einem Teil der Mitglieder der NPD-Fraktion — erst am Montag zugegangen, nachdem im Vorstand bereits am 4. und interfraktionell am 12. darüber gesprochen wurde. Wir haben keine Möglichkeit gehabt, die Vorlage juristisch durchzuprüfen, und wir sehen uns deshalb nicht in der Lage, in der ersten Lesung zuzustimmen und werden uns der Stimme enthalten.

Vizepräsident Dr. Zander: Weitere Wortmeldungen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Dafür SPD, CDU und FDP — Abg. Fichtner [NPD]: Bei Enthaltung der NPD)

Bericht Nr. 10 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 18)

Der Petitionsausschuß legt der Bürgerschaft (Landtag) einen Bericht vor, den er in seiner Sitzung am 12. Dezember 1969 beschlossen hat.

Es ist mir mitgeteilt worden, daß die CDU-Fraktion zu einer der Petitionen eine Erklärung abgeben möchte.

Gemäß § 7 Absatz 3 des Petitionsgesetzes findet eine Aussprache über die Empfehlungen nur statt, wenn mindestens ein Viertel der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft dies verlangt. Ich muß

also zunächst feststellen, ob diese Voraussetzung erfüllt ist.

Wer für eine Aussprache ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich stelle fest, daß dies Verlangen von mehr als einem Viertel der gesetzlichen Mitgliederzahl unterstütz wird.

(Dafür CDU und NPD, sowie einige Mitglieder der SPD und FDP)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Sagner.

Abg. **Sagner** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Helene Wessels hat einmal zu dem Petitionsausschuß im Bundestag gesagt: Der Ausschuß hört die Stimme des Volkes und vernimmt die Sorgen und Nöte des „kleinen Mannes". Der Petitionsausschuß in Bremen tagt erst seit kurzer Zeit, und er hat im Laufe der Zeit schon eine Fülle von Anträgen bearbeitet, und wir können feststellen, auch hier ist die Situation ähnlich: Der Petitionsausschuß hört und sieht die Sorgen und Nöte des „kleinen Mannes".

Die Möglichkeiten des Petitionsausschusses, tätig zu werden, sind verhältnismäßig begrenzt. Der Hamburger Petitionsausschuß hat unter anderem die Möglichkeit zur Berücksichtigung, zur Erwägung oder als Stoff für eine künftige Prüfung. Wir im Land Bremen sprechen gelegentlich Empfehlungen aus. Aus den vorliegenden Petitionen, die hier heute zur Beschlußfassung vorliegen, halten wir, meine Freunde von der CDU und ich, es für notwendig, einmal in diesem Hause zu erklären, daß zwar in den Sachdeputationen gelegentlich Anliegen, die der Petitionsausschuß auch zur Empfehlung aufzugreifen hat, fleißig und sachlich bearbeitet werden, daß man aber darüber hinaus auch in unserem Bereich den Petitionen wesentlich mehr Bedeutung zukommen lassen muß.

Wir werden die Gelegenheit benutzen, aus einer Petition heraus hier einen politischen Antrag, ganz besonders im Hinblick der Arbeit und der Notwendigkeit der Aufnahme in die Sozialakademie, zu stellen, über die Fleißarbeit in den Fachdeputationen hinaus. Das wollten wir hier einmal mit kundtun.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Abgeordneter Klemmer hat das Wort.

Abg. **Klemmer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Sagner, ich bin überrascht über Ihre Ausführungen hier oder ich müßte nicht informiert worden sein, daß Sie Ihr Vorhaben in der letzten Sitzung des Petitionsausschusses angesprochen hätten. Das scheint aber nach Rücksprache mit meinen Freunden nicht der Fall zu sein.

Meine Damen und Herren, wir sind uns im Petitionsausschuß bislang nach dieser dreivierteljährigen Arbeit des Ausschusses darüber im klaren gewesen, daß wir zunächst eine Vielzahl bereits bis zur Aufnahme der Arbeit angefallener Petitionen nachträglich zu bearbeiten hatten. Als wir im Juni begannen, hatte der Präsident des Hauses mit seiner Verwaltung bereits eine ganze Anzahl von Eingaben und Petitionen gesammelt, die wir zunächst einmal verkraften mußten. In der Vielzahl dieser aufzuholenden Arbeiten lag nun einfach auch für den einzelnen Berichterstatter im Petitionsausschuß die zwingende Notwendigkeit, etwas schnell zu machen, denn der Petent hat ja einen Anspruch darauf, möglichst bald, wenn nicht einen endgültigen, so doch einen Zwischenbescheid zu erhalten. Das ist nun weniger geworden, das können wir Gott sei Dank feststellen. — Das erstens zu den Ausführungen des Kollegen Sagner.

Zweitens möchte ich feststellen: Wir arbeiten aufgrund des bremischen Petitionsgesetzes auf einer anderen Basis, als es die Hamburger Kollegen in der Hamburgischen Bürgerschaft tun. Was besser ist, möchte ich heute hier noch nicht abschließend beurteilen, obwohl wir, wie Sie wissen, uns im November mit dem Eingabenausschuß der Hamburgischen Bürgerschaft ganztägig in Hamburg zusammengesetzt haben, um einen Erfahrungsaustausch der beiden Ausschüsse der Hansestädte herbeizuführen. Wir haben sicherlich auch nutzbringende Erfahrungen an diesem Tage sammeln können.

Ich würde sagen, Herr Kollege Sagner, wenn Sie solche Vorschläge machen, dann wäre es sicherlich auch ein Akt der kollegialen Zusammenarbeit, es zunächst unter uns neun im Petitionsausschuß zu besprechen. Ich weiß, daß der Präsident, dem die Petitionssachen ja Herzensangelegenheit sind, immer ein offenes Ohr für Verbesserungsvorschläge hat, auch Verbesserungsvorschläge in der Abwicklung der Arbeit der Petitionen bei den Verwaltungen, in den senatorischen Bereichen. Darauf kommt es Ihnen, das glaube ich herausgehört zu haben, ja auch an. Uns aber auch.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hänecke.

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es liegt hier ein Mißverständnis vor, Herr Klemmer. Herr Sagner hat überhaupt nicht daran gedacht, in irgendeiner Form die Arbeit des Petitionsausschusses zu kritisieren. Ich nahm an, daß Sie es so aufgefaßt haben.

(Abg. Klemmer [SPD]: Nein, habe ich nicht! — Abg. Ströh [SPD]: Hat Herr Klemmer auch nicht gesagt!)

Es ging uns als CDU-Fraktion darum, daß hier gesagt wird, wie sehr wir es bedauern, daß die Tatsache besteht, daß wegen der begrenzten Zahl der Ausbildungsplätze und des damit begründeten Ausleseverfahrens zur Zeit nicht die Möglichkeit besteht, alle jungen Menschen, die die Sozialakademie besuchen wollen, dort aufzunehmen. Das bedauern wir sehr.

Herr Sagner hat angekündigt, daß wir aus diesem Grunde in nächster Zeit einen Antrag stellen werden, um aus dieser Begründung eine Konsequenz zu ziehen. Ich hoffe, daß Ihnen damit jetzt klar geworden ist, warum Herr Sagner zu Ihnen gesprochen hat.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Der Petitionsausschuß hat beantragt, die im Bericht Nummer 10 aufgeführten Petitionen wie empfohlen zu beschließen.

Wer die Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Form beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Anfrage: Auswirkungen der DM-Aufwertung auf die bremische Wirtschaft
(Drucksachenabteilung II Nr. 269)
— Aussprache —

Dazu Herr Senator Eggers, ihm beigeordnet Herr Senatsdirektor Dr. Nemitz.

Die Anfrage liegt den Abgeordneten gedruckt vor. Ich nehme an, daß ich auf eine Verlesung verzichten kann.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Die mündliche Beantwortung der Anfrage hatte die Bürgerschaft (Landtag) in ihrer Sitzung am 5. November 1969 beschlossen. Die Antwort wurde daraufhin von Herrn Senator Eggers in der Sitzung am 28. Januar 1970 erteilt. In dieser Sitzung hat die Bürgerschaft (Landtag) einen Beschluß gefaßt, in eine Aussprache über diese Antwort einzutreten.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß wir gut daran getan haben, in der letzten Bürgerschaftssitzung den Herrn Senator für die Wirtschaft zu bitten, uns seine Ausführungen schriftlich hereinzugeben und die Aussprache über diesen Fragenkomplex auf heute zu vertagen. Ich meine, daß uns durch diesen schriftlichen Bericht die Übersicht gegeben worden ist über alle die Schwierigkeiten, die durch die währungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung für die gesamte exportierende Industrie, aber im Speziellen auch für die Hafenstadt oder die Hafenstädte, insbesondere natürlich auch für uns in Bremen, erwachsen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube nicht, daß man die gesamte Situation ohne Berücksichtigung der Vorgänge im September vorigen Jahres besprechen kann. Im September vorigen Jahres wurde die Freigabe des Wechselkurses beschlossen und durchgeführt, worauf dann nach der Koalitionsbildung die erwartete DM-Aufwertung erfolgte. Ich glaube, überraschend auch für die Bundesbank war daraufhin der Abfluß von 19,5 Milliarden DM an Devisen und, meine sehr geehrten Damen und Herren, neben diesem bedauerlichen Vorgang entstand durch die DM-Aufwertung natürlich auch ein Verlust für die Bundesbank in Höhe von 4,1 Milliarden DM. Das wurde als der sogenannte Beitrag der Bundesrepublik für die Harmonisierung des internationalen Kapitalmarktes ausgegeben. Daß sich aber diese Tatsache auch erheblich auf die Liquidität des Kreditmarkts ausgewirkt hat und damit auch erheblich höhere Zinsen für Kredite zur Folge hat, ist wahrscheinlich damals auch nicht erwartet worden und belastet heute neben den eigentlichen Folgen der D-Mark-Aufwertung zusätzlich die gewerbliche Wirtschaft erheblich.

Meine Damen und Herren, ich glaube auch die Frage stellen zu dürfen, ob man aus diesen Vorgängen, die durch die D-Mark-Aufwertung ausgelöst wurden, ein Nichtfunktionieren der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft konstruieren könnte. Wir wissen alle, daß im Jahr 1961 — so erwähnte es auch der Herr Wirtschaftssenator in seinem Bericht — nach der damaligen D-Mark-Aufwertung die Niederlande entsprechend unseren Schritten folgten und ebenfalls eine Aufwertung ihrer Währung vornahmen. Im jetzigen Fall wurde aber unsere Hoffnung, daß die Niederlande wieder genauso agieren würden, enttäuscht, und dadurch entstand für uns — gerade für unsere Hafenstädte und speziell auch für Bremen — eine weitere Wettbewerbsverschlechterung gegenüber den Rhein-Schelde-Häfen von rund 10 Prozent.

Wenn der Herr Wirtschaftssenator in seinem Bericht darauf Bezug nimmt und auf der anderen Seite auch gleichzeitig erklärt, daß diese Schwierigkeiten, die durch die D-Mark-Aufwertung für die gesamte deutsche Wirtschaft und auch für Bremen und Hamburg entstanden sind, nur durch die staatliche, das heißt die bundesstaatliche Hilfe überwunden werden können, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist auch für uns die Frage, ob nicht durch diese Subventionen in den anderen Bundesländern der Eindruck — der bestehende Eindruck schon — verstärkt wird, daß diese Hafenstadt an der Weser aus eigenen steuerlichen Einnahmen einfach nicht existenzfähig ist. Und ich meine, es bedarf einer sehr genauen Aufklärung in den anderen Ländern, in welche Situation wir speziell durch die Aufwertung der D-Mark gekommen sind.

Wenn wir auch in jeder Beziehung die Initiativen des Senators für die Wirtschaft, auch des Senators für Häfen, Schiffahrt und Verkehr anerkennen und diesen zustimmen, so meine ich, daß in dem vorliegenden Bericht in jedem Fall zu bemängeln ist, daß auch hier immer noch von den nicht absehbaren Schäden für unsere Wirtschaft hier in Bremen gesprochen wird und deshalb sich auch noch nicht übersehen ließe, inwieweit die Hilfe der Bundesregierung in Anspruch genommen werden müßte.

Ich meine, daß die Absicht des Bundeswirtschaftsministers, der ja auch schon in der vorigen Koalition Bundeswirtschaftsminister war, seit langem bekannt war, die D-Mark aufzuwerten, und ich meine, daß es Aufgabe auch unseres Senats hätte sein müssen, den Herrn Bundeswirtschaftsminister in aller Konsequenz darauf hinzuweisen, welche Folgen dieses nicht allein für die exportierende Wirtschaft, sondern auch für die Hafenwirtschaft in Bremen haben würde. Ich meine in diesem Zusammenhang, daß es notwendig gewesen wäre, daß der Herr Bundeswirtschaftsminister gleichzeitig mit der Aufwertung der D-Mark mit dem Hilfeprogramm für alle diejenigen Betriebe herausgekommen wäre, die durch diese D-Mark-Aufwertung empfindlichst in ihrer Existenz betroffen sind.

Erschreckend, meine sehr geehrten Damen und Herren, war für mich, als ich aus dem Bericht des Herrn Wirtschaftssenators entnehmen mußte, daß die Bundesregierung oder der Herr Bundeswirtschaftsminister zumindest noch erwägt, Subventionen nur an diejenigen Reedereien zu zahlen, die nicht genügend Reserven hätten, um aus sich selber, das heißt aus eigener Kraft, die auf sie zukommenden Schäden aus der Aufwertung zu decken.

Ich möchte allerdings bei dieser Gelegenheit gleich sagen, daß wir wissen, daß der Senat anderer Ansicht ist und daß er gegen diese eventuellen Argumente der Bundesregierung sich verwahrt.

Ich meine aber auf der anderen Seite, Herr Senator Eggers, daß Ihre Argumentation in dieser Beziehung gegen die Erwägungen der Bundesregierung nicht voll stichhaltig ist, wenn Sie nämlich davon sprechen, daß wohl Wettbewerbsverzerrungen in diesem Fall eintreten würden, die ganz fraglos aufkommen würden, daß aber auf der anderen Seite die Verwaltung überfordert wäre, wenn sie derartige Untersuchungen anstellen müßte, ob nicht diese Verluste gegebenenfalls von den betreffenden Betrieben selber übernommen werden können.

Wir meinen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Bundesregierung die gesamte bundesdeutsche Wirtschaft nicht differenziert behandeln darf und kann, und zwar bei Schäden, für welche die Betriebe nicht selber verantwortlich sind, sondern welche sich einfach aus der EWG-Politik des Bundes ergeben. Ich denke hierbei in erster Linie und ganz besonders an die Fischerei, die — wir haben es ja erlebt — in dieser Beziehung scheinbar nicht das volle Verständnis unserer Bundesregierung findet. Das geht ja wohl ziemlich eindeutig daraus hervor, als man die Fischerei nicht in die Umsatzsteuerregelung, die für die Landwirtschaft beschlossen worden ist, einbeziehen wollte.

Ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren, man sollte sich das Zitat der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven für 1969 nur in den wenigen Sätzen, die ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten vorlesen darf, vor Augen halten. Hier heißt es:

„Mit großer Sorge sieht das Gewerbe den Auswirkungen der D-Mark-Aufwertung entgegen. Bei der hohen Auslandsverflechtung der Fischwirtschaft muß mit einem Ansteigen preisgünstiger Importe gerechnet werden, aber auch mit einer verstärkten Konkurrenz auf den Exportmärkten der deutschen Fischwirtschaft mit allen Nachteilen für die eigene Preisentwicklung".

Ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß diese wenigen Sätze schon allein den ganzen Ernst der Fischwirtschaft aufzeigen, wobei wir ja doch alle in diesem Hause wissen, unter welchen Schwierigkeiten die Fischwirtschaft in Bremerhaven sowieso schon vor der Aufwertung litt und welche Maßnahmen ergriffen werden mußten, um auch nur, na, ich möchte nicht sagen, eine Sanierung durchzuführen, aber immerhin hilfreich dieser Fischindustrie zu helfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zurück auf den Export! Ich hatte mir erlaubt, bei der Haushaltsrede schon darauf hinzuweisen, wie außerordentlich schwierig es ist, wenn ein Auslandsmarkt oder ein Kunde im Export verloren gegangen ist, diesen Markt oder diesen Kunden wiederzugewinnen. Das ist nur dadurch möglich, daß man dann außerordentliche Preiszugeständnisse oder Kreditzugeständnisse macht, und auch dann ist diese Situation teilweise verzweifelt.

Ich meine deshalb, daß es mir völlig unverständlich ist, daß man in der Bundesrepublik, und zwar von maßgeblicher Seite, mit einer gewissen Befriedigung über die Brechung des Exportbooms spricht. Ich denke an frühere Zeiten, als die aktive oder auch passive Handelsbilanz Wertmesser für die gesamte deutsche Wirtschaft war. Und wenn ich mir vorstelle, daß damals und auch heute — so würde es jedenfalls sein — bei roten Zahlen, die die Handelsbilanz dann aufweisen könnte, der Teufelskreis sich wieder mal schließen würde, daß nämlich dann die Preise ansteigen, diese von Lohnforderungen überholt werden, die wieder neue Preissteigerungen hervorrufen, et cetera, et cetera.

Seien wir uns doch bitte darüber im klaren, daß der sogenannte Binnenmarkt wohl aufgeboomt werden kann, indem man Einkommenserhöhungen durchführt, daß aber auch ein solcher aufgeboomter bundesdeutscher Binnenmarkt niemals in der Lage ist, die heutige Kapazität der Industrien der Bundesrepublik aufzunehmen. Diese deutschen Industrien sind nach dem Krieg durch die Investitionspolitik mit einer Kapazität ausgerüstet, die auf den Export ausgerichtet ist.

Meine Damen und Herren, wenn der Herr Wirtschaftssenator in seinen Grundsätzen davon spricht, daß heute keineswegs die Gefährdung der Arbeitsplätze gegeben wäre, dann setze ich dem persönlich meinen Standpunkt entgegen, daß bei einer wirklichen, einschneidenden Einschränkung unseres Exports, die an die Grenze der Passivität der Handelsbilanz geht, die Arbeitsplätze in Kürze gefährdet sein werden.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Abgeordneter Brouwer, der Abgeordnete Oltmanns möchte eine Frage an Sie richten. Sind Sie bereit?

Abg. **Brouwer** (NPD): Gern!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Herr Oltmanns!

Abg. **Oltmanns** (FDP): Herr Brouwer, sind Sie nicht auch mit mir der Auffassung, daß bei einer überschäumenden Konjunktur, wie sie sich im letzten Sommer gezeigt hat, entscheidende Maßnahmen ergriffen werden mußten? Ich denke dabei an die Änderung der Währungsparität! Es ging aus Ihren Ausführungen bisher nicht hervor, ob Sie grundsätzlich gegen eine Änderung sind oder ob Sie dafür sind.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Kollege Oltmanns, ich glaube, daß dadurch, daß wir im September letzten Jahres bereits die Freigabe des Wechselkurses durchgeführt haben und sich damit auch schon andeutete, welcher Zwang von draußen auf die Bundesrepublik ausgeübt wurde, uns im Grunde genommen gar nichts anderes übrig blieb, als die Aufwertung der DM durchzuführen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir waren im Grunde genommen noch frei hinsichtlich der Höhe der Aufwertung, und wir waren, so darf ich jedenfalls sagen, einigermaßen erstaunt, als wir hörten, in welcher Form diese Aufwertung durchgeführt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich fortfahren darf, dann möchte ich darauf hinweisen, daß sämtliche Länder der westlichen Welt momentan entscheidend versuchen, ihre Importe zu drosseln. Wir wissen, daß in Frankreich in diesem Jahr mit einem erheblichen Nachlassen der Einfuhren gerechnet wird und in Holland durch Fortfall von Steuererleichterungen und ebenfalls Restriktionen der Importzuwachs geringer werden soll. Wie die Wirtschaft derzeit in Italien ist, wissen wir alle und wissen ebenfalls, daß auch Italien stark auf eine Zunahme zumindest des Imports verzichten muß. Belgien strebt Einschränkungen speziell durch Restriktionen aus der Bundesrepublik an. Schweden sucht nach Maßnahmen, den Import zu drosseln, und der Importbedarf der USA soll im Jahr 1970 erheblich schrumpfen.

Diese Exporteinbußen, die damit die Bundesrepublik als exportierendes Land treffen, hätten uns schon sowieso erheblich getroffen. Ich wage nunmehr nicht das Resümee zu ziehen, wie sich die Aufwertung zusätzlich auf Bremen auswirken wird. Ich möchte den Katalog des Herrn Wirtschaftssenators insofern erweitern, als ich meine, daß nicht nur die Werften, die Reedereien, Fischerei, Hafenwirtschaft und Binnenverkehrsträger betroffen sind, sondern auch sämtliche Exporteure in Bremen, die gesamten exportierenden Betriebe und Exportmakler,

(Senator E g g e r s : Das steht drin!)

und daß bei den Reedereien nicht nur das Frachtgeschäft, sondern auch das Passagegeschäft durch die Aufwertung erheblich betroffen wird.

Es ist aber nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, Aufgabe der Bürgerschaft, Vorschläge für die Überwindung der Folgen der DM-Aufwertung für unsere Stadt und für die bremische Wirtschaft allgemein zu machen. Dafür ist in erster Linie der Herr Wirtschaftssenator mit seinen Wirtschaftsexperten, aber auch die Industrie- und Handelskammer in Bremen verantwortlich.

(Abg. F i c h t n e r [NPD]: Sehr richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muß Ihnen ehrlich sagen, man hätte erwarten dürfen, daß die Handelskammer Bremen die Bürgerschaft durch einen Bericht über die Wirtschaftssituation nach der DM-Aufwertung unterrichtet hätte.

(Abg. F i c h t n e r [NPD]: Schweigen im Walde!)

Hier, wo die gesamte Wirtschaft unserer Hafenstadt gefährdet ist, wäre ein solcher Bericht der Handelskammer wohl angebracht gewesen.

(Abg. F i c h t n e r [NPD]: Sehr richtig!)

In diesem Falle darf ich nur auf das Beispiel der Arbeiterkammer hinweisen, die uns Abgeordneten dann mit einem Bericht sofort näherkommt, wenn sie die Unterstützung des Parlaments benötigt oder haben möchte.

Ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren, hätte ein solcher Bericht heute den Fraktionen vorgelegen, wäre durchaus die Möglichkeit gewesen, daß die gesamte Bürgerschaft sich hinter eine entsprechende Resolution an Bundestag und Bundeswirtschaftsminister gestellt hätte, um zu versuchen, die Bemühungen unserer Senatoren in jeder Beziehung zu unterstützen. So bleibt uns nur, so meine ich, die Möglichkeit, uns rückhaltlos hinter diese Bemühungen unseres Senats zu stellen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der Bundeswirtschaftsminister von unseren Sorgen Kenntnis nimmt und für entsprechende Bundeshilfe sorgt.

(Abg. D r . C a s s e n s [CDU]: Endlich etwas tun!)

Diese Sorgen dürfen nicht verniedlicht werden. Es soll keine nutzlose Kritik am Geschehenen und noch weniger eine Suche nach Verantwortlichen durchgeführt werden. So ist meine Meinung. Ich meine, diese Bürgerschaft ist heute aufgerufen, durch ein geschlossenes Votum dafür einzutreten, daß die Weltgeltung unserer Stadt auch für die Zukunft durch die Erfüllung dieser geschilderten Voraussetzungen gegeben bleibt.

(Beifall bei der NPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Förster.

Abg. Ingeborg **Förster** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte, bevor ich dem Herrn Senator antworte, eine Anmerkung machen: Wir wollen hier keine allgemeine Aufwertungsdebatte haben. Wir möchten nicht, daß nachher jeder seine Meinung zum Besten gibt, ob Aufwertung oder nicht! Ich meine, das führt zu nichts. Wir wollen uns hier konkret mit Bremen beschäftigen und mit der Situation, in der wir uns jetzt mit unserer Wirtschaft befinden.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben uns, Herr Senator, deutlich geschildert, wie stark die bremische Wirtschaft durch die Aufwertung betroffen ist. Wir hörten, und wir hatten es zum Teil bereits gelesen, daß die Senatoren und Minister der vier Küstenländer, die die nachteiligen Folgen der Aufwertung zu tragen haben, gemeinsam vorgegangen sind, um beim Bund ein offenes Ohr für ihre Anliegen zu finden. Es wurden von Ihnen, Herr Senator, viele Maßnahmen angekündigt, bei denen wir uns allerdings fragen müssen: Wann werden sie endlich realisiert oder was ist realisierbar? Bislang hat es nicht den Anschein, als ob die Nöte der betroffenen Bereiche — Schiffbau, Seeschiffahrt, Hafenwirtschaft, Fischerei und Export — in Bonn überhaupt begriffen worden sind.

Das Wort des Wirtschaftsministers Professor Schiller, daß auch die eben erwähnten Wirtschaftszweige eine Aufwertung verkraften müßten — überlegen Sie einmal, die Werften müßten eine Aufwertung verkraften wie eine Diskonterhöhung —, erscheint uns zumindest leichtfertig.

(Beifall bei der CDU)

Die Hilfeleistungen des Bundes, die zum selben Zeitpunkt hätten stattfinden müssen, darin gebe ich Ihnen recht, Herr Brouwer — er ist nicht da —, bleiben bislang aus.

Lassen Sie mich die neuralgischen Punkte bitte einzeln aufführen:

Zunächst möchte ich auf die Situation der Werften etwas breiter eingehen. Nach der Aufwertung hat diese sich rapide verschlechtert. Das Siebte Werfthilfeprogramm wurde jetzt mehrere Male angekündigt. Es wird höchste Zeit, daß bald darüber Endgültiges verlautet.

(Abg. Filzen [CDU]: Sehr richtig!)

Auch möchte man gern wissen, mit welcher Summe die Werftindustrie pro anno rechnen kann. Selbst wenn sich die Höhe des Siebten Werfthilfeprogramms in der vermuteten Größenordnung ergibt — denn darüber sind ja bereits Gespräche im Gange, und man hat Summen gehört, die natürlich noch nicht verbindlich sind —, so ist auch diese Größenordnung keineswegs ausreichend, um das bisherige Exportvolumen des deutschen Schiffbaus zu erhalten.

Belief sich die Höhe des Sechsten Werfthilfeprogramms pro anno auf zirka 800 Millionen bis an eine Milliarde heran, so könnte man heute mit einer angenommenen Summe von 1,2 bis 1,4 Milliarden DM pro anno — ich nenne hier mit Absicht konkrete Zahlen, weil wir diese, Herr Senator, bei Ihnen völlig vermissen mußten —

(Beifall bei der CDU)

das bislang bestehende Volumen des Schiffbaus nicht einmal erhalten, geschweige denn vergrößern. Und es heißt doch immer, der Schiffbau ist ein expandierender Wirtschaftszweig, und er muß es auch sein. Hinzu kommt, daß bereits kontrahierte Schiffsbauten, die an sich noch aus dem Sechsten Werfthilfeprogramm unterstützt werden müßten, Hilfen aus dem zu erwartenden Siebten Werfthilfeprogramm erhalten sollen. Das geht natürlich nur zu Lasten der neuen Verträge.

Das neue Werfthilfeprogramm müßte nach den Vorstellungen der Werftindustrie mindestens 1,8 Milliarden DM pro anno betragen. Bei den steigenden Kosten pro Einheit — des einzelnen Schiffes — nicht allein infolge der Aufwertung und der erhöhten Lohnkosten, auch und vor allem wegen der völlig veränderten Schiffbaupreise, sind ebenfalls größere Subventionen erforderlich. Kostete früher ein einfacher Stückgutfrachter 15 bis 20 Millionen DM, so muß man heute bei Vollcontainern mit ganz anderen Summen rechnen.

Man kann sich dies auch verdeutlichen, wenn man an den Verlust des Auftrags einer britischen Reedereigruppe über vier Containerschiffe für den Neuseeland-Dienst denkt. Zwei dieser Schiffe sollte der „Bremer Vulkan" bauen, und jedes Schiff sollte 100 Millionen DM kosten. Das sind 200 Millionen DM, ein Auftrag, der uns verloren gegangen ist.

Trotz der hohen Leistungsfähigkeit der norddeutschen Werften ist einzig und allein der Grund für das Nichtzustandekommen eines so wichtigen Auftrags, daß die Preise bei uns infolge der Aufwertung unattraktiv geworden sind. Der Verband Deutscher Schiffswerften hat bekanntgegeben, daß bis jetzt ab Oktober letzten Jahres den deutschen Werften Aufträge in Höhe von annähernd 1,3 Milliarden DM verloren gegangen sind.

(Abg. Fischer [CDU]: Hört, hört!)

Der Auftragseingang bei den deutschen Werften ist gegenwärtig völlig zum Erliegen gekommen. Hier muß ich allerdings hinzufügen, daß in den letzten Tagen ein Auftrag über 125 Millionen DM an die Deutsche Werft in Hamburg gegangen ist. Über die Aufträge an Bremen möchte ich lieber nicht sprechen. Die sind unter derart miesen Konditionen gegeben, davon will ich lieber jetzt nichts sagen. Wäre bereits das Siebte Werfthilfeprogramm verabschiedet worden, so hätte man zumindest bei dem vorher erwähnten Auftrag für den „Vulkan" über die 200 Millionen DM eine konkurrenzfähigere Finanzierung anbieten können.

Wer meint, dies sei alles zwar sehr bedauerlich, brauche aber angesichts des hohen Auftragsbestands des deutschen Schiffbaus und der teilweise bis in das

Jahr 1973 — bei kleineren Werften nur bis 1971 — hineinreichenden Ablieferungsterminen nicht so tragisch genommen zu werden, befindet sich auf dem Holzweg. Beim Schiffbau ist man darauf angewiesen, daß bereits Jahre vorher Anschlußaufträge vorliegen. Es gibt da lange Vorlauf- und Produktionszeiten. Besonders das hochqualifizierte Personal in den Konstruktionsbüros würde betroffen, wenn die nötigen Anschlußaufträge nicht erfolgten.

Daß der Auftrag zum Bau der Containerschiffe nicht nach Bremen gegangen ist, ist um so bedauerlicher, als unsere Werftindustrie in den letzten Jahren durch Übernahme hoher technischer Risiken eine Spitzenstellung im Containerschiffbau erreichen konnte. Vor der Aufwertung wurde von der deutschen Werftindustrie — und daran hatte Bremen einen besonders hohen Anteil — ein Drittel aller in der Welt vergebenen Einheiten dieses Spezialtyps gebaut.

Selbst wenn demnächst das Siebte Werfthilfeprogramm anläuft, so ist damit noch nicht den Zulieferern gedient. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Zuliefererindustrien von der Kapazität her fast ebenso hoch liegen wie der Schiffbau selber, und daß diese Industrien auf die Anschlußaufträge nach 1971 und 1973 angewiesen sind, um so mehr, je spezialisierter sie für den Schiffbau sind. Wenn die Werften, sobald das Siebte Werfthilfeprogramm anläuft, auch aus dem größten Dilemma herauskommen, so ist damit noch nicht den Zulieferern geholfen.

Außerdem spielt es bei den Zuliefererindustrien eine Rolle, daß sie, weil zu ihnen auch Klein- und Mittelbetriebe gehören, keine ausreichende Kapitaldecke haben, mit der sie eine Flaute überstehen können. Diese Betriebe sind infolgedessen nicht imstande, ihre Arbeitnehmer über Durststrecken hinweg zu behalten. Sie sehen, es ist nicht nur höchste Zeit, sondern es ist Gefahr im Verzuge!

(Beifall bei der CDU)

Der Senat könnte sich verdient machen, wenn er sich in Bonn mit allem Nachdruck dafür einsetzt, daß die Auftragslücken geschlossen werden können, auch um eine Entlassung von Arbeitskräften in den Jahren 1971 bis 1973 zu verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Es sind nicht nur die Schiffsneubauten, die wir hier ansprechen. Eine große Rolle spielt das Reparaturgeschäft, an dem in Bremen in vergangenen Jahren nicht unerheblich verdient wurde. Auch diese Reparaturen werden jetzt auf den Werften konkurrierender Schiffbaunationen um 9,3 Prozent billiger placiert werden können.

Wir müssen uns noch einmal vor Augen führen, daß bei uns in Bremen jeder fünfte industrielle Arbeitnehmer im Schiffbau tätig ist, und daß fast zwei Drittel der Schiffsneubauten für ausländische Rechnung erstellt werden. Im Schiffbau wird äußerst scharf kalkuliert, so daß es gar nicht möglich ist, auch nur einen Teil des Aufwertungsverlustes in die Gewinnspanne zu drücken, trotz aller Rationalisierungen. Wir dürfen nicht vergessen, daß durch die zusätzlichen und fast gleichzeitig erfolgten Lohnkostensteigerungen die Verteuerung im Schiffbau sich bis auf 20 Prozent beläuft.

Als nächstes möchte ich die Schiffahrt ansprechen. Der Verband Deutscher Reeder beziffert seinen Jahresverlust nach der Aufwertung mit zirka 200 Millionen DM. Davon entfallen 50 Millionen DM auf Bremen. Die Schiffahrt erzielt ihre Einnahmen weitestgehend aus Leistungen, deren Preis in fremder Währung festgesetzt ist. Daher vermindern sich diese Einnahmen — in D-Mark bewertet — automatisch um den Aufwertungssatz. Dagegen vergrößern sich die Kosten, die in D-Mark zu leisten sind, wie vor allem die steigenden Löhne, die Kapital- und Versicherungskosten. Die Reedereien können nicht auf den Binnenmarkt ausweichen oder Frachtratenerhöhungen international durchsetzen. Die ohnehin schon scharf kalkulierte schmale Rendite vermindert sich jetzt erheblich, und es sieht nicht so aus, als ob hier durchgreifende Abhilfe geschaffen wird, trotz aller Vorschläge und Analysen.

Anpassungshilfen müßten bald kommen, wenn das Schlimmste verhindert werden soll. Durch die aufwertungsbedingten Erhöhungen der Schiffbaupreise kommen die deutschen Reeder in die mißliche Zwangslage, dort die Schiffe kaufen zu müssen, wo sie billiger angeboten werden, nämlich im Ausland. Seit der Aufwertung haben die deutschen Reeder kein Schiff mehr in der Bundesrepublik bestellt. Man vertritt in Bonn zur Zeit die Ansicht — und Sie, Herr Senator, bestätigen es —, daß man einzelne Hilfen geben will, und zwar nur dann, wenn ein Unternehmen, und in diesem Fall eine Reederei, nicht mehr weiter kann, das heißt, vor dem Konkurs steht. Vor dieser Auffassung kann man nicht genug warnen.

(Beifall bei der CDU)

Auch wir sind der Ansicht wie Sie, Herr Senator, daß nur generelle Hilfen in Frage kommen können.

Zur Fischwirtschaft lassen Sie mich nur einige Worte sagen. Der Vergleich mit den Hilfen, die man der Landwirtschaft gibt, ist zutreffend. Auch in der Fischwirtschaft müßten dieselben Maßstäbe angelegt werden wie in der Landwirtschaft. Doch warum sind diese Hilfen bislang nicht erfolgt?

Sowohl im Finanzausschuß als auch im Agrarausschuß des Bundestages wurden die Forderungen für die Fischerei mit den Stimmen der SPD und FDP abgelehnt. Als der CDU-Abgeordnete Krammig sich in Bonn für die bremische Fischerei eingesetzt hatte, wurde ihm dieses während der Haushaltsberatungen von Herrn Senator Eggers übel angekreidet. Leider habe ich das Protokoll dieser Sitzung noch nicht, sonst könnte ich Ihre Worte, Herr Senator, hier zitieren. So darf ich wohl annehmen, daß Sie, Herr Senator, als Sie von Kontakten mit bremischen Bundestagsabgeordneten sprachen, nur Ihre Freunde aus der SPD meinten. Im Interesse Bremens wäre es allerdings ratsam, sich auch auf diejenigen zu stützen, die

die nötigen Kenntnisse auf den angesprochenen Gebieten besitzen,

(Beifall bei der CDU — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Müller-Hermann!)

auch wenn sie nicht derselben Partei angehören.

In Ihrer Antwort, Herr Senator, haben wir eine Stellungnahme zum Export vermißt. Bei der Beurteilung der Situation des Exports wird allzu leicht vergessen, welche Bedeutung der Export für einen Industriestaat hat, und daß diese Bedeutung zunehmen wird. Jeder dritte deutsche Arbeitsplatz in der Bundesrepublik hängt vom Export ab. Man macht es sich sehr einfach, wenn man sagt, der Export könne auf den Binnenmarkt ausweichen. Noch im Rezessionsjahr 1967 konnte kein Erfolg deutscher Exporteure groß genug sein. Zwei Jahre später werden diese Aktivitäten einfach abgewürgt. Man kann den deutschen Außenhandel nicht kurzfristig je nach konjunktureller Lage manipulieren, während eine längerfristige Beurteilung der deutschen Weltmarktposition weitestgehend fehlt.

Der Export verteuert sich nicht nur infolge der Aufwertung um 9,3 Prozent, sondern er muß einschließlich der übrigen Belastungen, die beträchtlichen Lohn- und Kostensteigerungen kommen hinzu, um 12 bis 15 Prozent höhere Preise verkraften.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Und 4 Prozent!)

Ach Gott, Herr von Groeling-Müller, die vier Prozent sind weggefallen, das wissen wir doch wohl alle.

(Zuruf des Abg. v. Groeling-Müller)

Da viele Auslandsmärkte schon heute von uns umkämpft sind, werden die erhöhten Kosten — Sie können ja fragen, wenn Sie etwas wollen — keinesfalls auf die Preise abgewälzt werden können. Große Exporteinbußen werden vor allen Dingen auf den Überseemärkten vorausgesehen, wo Konkurrenznationen, besonders Japan, nun erhebliche Wettbewerbsvorteile verbuchen können. Ebenfalls in den Gebieten, wo die deutsche Aufwertung zu der französischen Abwertung kommt, zeigen sich jetzt schon rücklaufende Tendenzen. Auch Großbritannien muß zunehmend als härterer Konkurrent im Handel mit den Commonwealth-Ländern, den europäischen Ländern, Latein-Amerika und auch den USA angesehen werden. Teilweise beginnt sich hier die Pfund-Abwertung vom November 1967 spürbar auszuwirken.

Von Bremer Exporteurkreisen wird diese Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition vor allem deshalb mit Sorge betrachtet, weil die langfristigen Entwicklungsaussichten der deutschen Außenwirtschaft keineswegs den Optimismus rechtfertigen, der von manchen Beobachtern aus den Zahlen von nur drei Jahren herausgelesen wird.

Sie versuchen rührenderweise, Herr Senator, der Aufwertung eine positive Seite abzugewinnen, indem Sie anführen, daß Materialien, die aus dem Ausland bezogen werden, in bestimmten Bereichen billiger geworden sind, so daß der bremische Import dadurch in einer glücklicheren Lage wäre.

(Abg. Jackisch [CDU]: Die Urlaubsreisen!)

Die Bremer Importwirtschaft vertritt die Ansicht, daß in absehbarer Zeit weder spürbare Preissenkungen noch ein sichtbarer Anstieg der Importe zu verzeichnen sein werden.

Dies hängt einmal mit der starken Konjunkturabhängigkeit der deutschen Einfuhren zusammen, die mehr von Veränderungen der Investitions- und Konsumtätigkeit als von Preisveränderungen berührt wird. Oder ist hier ein wesentlicher Artikel bekannt, der infolge der Aufwertung billiger importiert wurde? Es sei denn, man denkt an französischen Champagner oder schottischen Whisky.

(Abg. Fichtner [NPD]: Ist das nichts?)

Es dürfte jedoch dem deutschen Normalverbraucher völlig egal sein, ob dieser eine oder zwei Mark billiger geworden ist.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr richtig!)

Hier ist nur noch hinzuzufügen, daß mit rund 8 Prozent Einfuhr und 11 Prozent Ausfuhr Bremer Außenhändler und der Bremer Hafen am deutschen Im- und Export beteiligt sind.

Ein Wort noch zu der Gefährdung der Arbeitsplätze, die ich vorhin schon kurz ansprach. Natürlich kann von einer akuten Gefahr nicht gesprochen werden. Das heißt, im Moment fehlt es an Arbeitskräften. Das kann aber ab 1971 ganz anders aussehen, und wir sollten den Gedanken nicht leichtsinnig beiseite schieben. Wenn die Anschlußaufträge in unseren großen Werften, die die meisten Arbeitskräfte beschäftigen, nicht rechtzeitig vorliegen, das sage ich noch einmal, dann sehe ich für die kommenden Jahre schwarz.

Zum Schluß möchte ich Ihnen die Worte des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Dr. Arndt, über den Sinn der Aufwertung in Erinnerung rufen, die dieser im Bundestag in der Fragestunde im Dezember sagte. Ich zitiere nur sinngemäß:

Sinn und Zweck der Aufwertung soll sein — ich spreche gleich für die ganze Aufwertungsdebatte mit, dann brauchen wir das nicht noch einmal zu wiederholen, falls es sein sollte —,

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Sind wir dankbar, Frau Förster, immer dankbar!)

für die deutsche Wirtschaft und den deutschen Verbraucher die Stabilität von Kosten und Preisen herzustellen. Dieses, sagt Herr Dr. Arndt, läßt sich nicht ohne vorübergehende Belastungen und Opfer erreichen. Schiffbau und Seeschiffahrt werden sich einer

wesentlichen Wettbewerbsverschärfung gegenübersehen, und nicht nur für kurze Frist.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Aber doch nicht erst seit heute, schon seit 20 Jahren!)

Sie produzieren daher in Zukunft — —

Lieber Herr Böhrnsen, wir sprechen von der Zeit nach der Aufwertung, und daß sich jetzt die Lage derart zugespitzt hat, das haben Sie doch sicher auch gemerkt.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Herr Böhrnsen hat das sicher gemerkt, ganz bestimmt schon länger als Sie! Diese Überheblichkeit ist, glaube ich, nicht angebracht, steht Ihnen auch nicht!)

— Sie produzieren daher in Zukunft unter härteren Bedingungen als andere Zweige unserer Wirtschaft. Man will in Bonn Hilfen erst dann geben, wenn lange genug geprüft und erwogen wurde und dann auch nur im Einzelfall. Herr Dr. Arndt spricht wieder von Hilfen, die im Einzelfall gegeben werden.

(Abg. Klein [CDU]: Konkursabwendung!)

Sie sehen, meine Damen und Herren, es ist kein Konzept da. Das Verständnis für die Situation des Landes Bremen und der anderen Küstenländer ist einfach zu gering, falls es überhaupt vorhanden ist. Hier bei uns müssen wir die Aufwertung und die Folgen nun mal mit anderen Augen sehen als in küstenfernen Gebieten.

Es bleibt nur zu hoffen, daß es gelingen wird, sachgerechte Entscheidungen zu treffen, die langfristig die Wettbewerbskraft unserer Werften, der Seeschifffahrt, Fischerei und des Exports stärken. Haben wir erst einmal die schwer umkämpften Märkte verloren, wird es kaum möglich sein, bei der immer stärker werdenden Konkurrenz sie jemals wiederzugewinnen. — Ich danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Franke.

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es kann gar keinen Zweifel geben, daß es durch die Aufwertung einzelwirtschaftlich gesehen zu Schwierigkeiten gekommen ist. Die Frage lautet nur, wollen wir die Schwierigkeiten vermeidlichen oder wollen wir, wie es eben Frau Förster getan hat, die Schwierigkeiten dramatisieren.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich gebe Frau Förster insofern recht, daß wir uns hier in erster Linie um die bremischen Verhältnisse zu kümmern haben, und dennoch wird man auch die bremischen Verhältnisse nicht von der gesamtwirtschaftlichen Sicht trennen können.

(Beifall bei der SPD)

Insofern meine ich, daß auch zu Herrn Brouwer einiges gesagt werden muß. Ich stimme Ihnen keineswegs zu, Herr Brouwer, wenn Sie sagen, der Abzug der 20 Milliarden sei ein bedauerlicher Vorgang gewesen, denn gerade durch den Abfluß dieser 20 Milliarden ist ja das spekulative Moment weggefallen, und kreditpolitisch hat der Abfluß ja auch den Abbau der Überliquidität im Bankapparat zur Folge gehabt.

Wir befinden uns hier in durchaus angenehmer Gesellschaft, denn das ist nicht nur die Meinung des Bundeswirtschaftsministers, es ist auch die Meinung der Deutschen Bundesbank, und es ist vor allem auch die Meinung so renommierter Zeitungen wie zum Beispiel des „Industriekurier". Ich erinnere an den Artikel „Die Preisgespräche werden härter" vom 7. 2., ich erinnere an die „Süddeutsche Zeitung" vom 1. 2. und auch an die gerade für die Koalitionspartner so unverdächtige Zeitung wie die „Welt", die ebenfalls am 25. Januar beziehungsweise drei Tage davor in ziemlich langen Artikeln sich hierzu Ihnen durchaus entgegengesetzt geäußert hat, Herr Brouwer.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Abgeordneter Dr. Franke, Herr Abgeordneter von Groeling-Müller hat die Absicht, eine Frage an Sie zu richten. Sind Sie bereit?

(Abg. Koschek [CDU]: Jetzt kommt die Schützenhilfe!)

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Gern!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Herr von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Dr. Franke, erinnern Sie sich vielleicht, daß die „Welt" auch Bezug nimmt auf die Stadt, in der sie verlegt und gedruckt wird und die in gleicher Position ist wie unsere Stadt?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ich erinnere mich, Herr von Groeling-Müller. Aber wollten Sie noch mehr dazu hören?

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Nein, danke!)

Aber nun zu Bremen selbst! Von Ihnen, Frau Förster, wird von der Werftindustrie gesprochen. Das ist völlig richtig. Aber ich meine auch, wenn Sie schon von den Werften sprechen, müssen wir auch ganz klar zum Ausdruck bringen, daß das Siebte Werfthilfeprogramm so gut wie gegessen ist.

(Widerspruch bei der CDU)

Denn Zusagen des Bundeswirtschaftsministers hier in Bremen während der „Eiswette" und die laufenden Verhandlungen des Senators für die Wirtschaft in Bonn sprechen doch dafür.

(Abg. Ingeborg Förster [CDU]: Nein, nein! — Weitere Zurufe und heftiger Widerspruch bei der CDU)

Frau Förster, Sie können doch nicht einfach nein, nein sagen! Das stimmt doch, und es sind auch erhebliche Summen im Gespräch, und auch das ist Ihnen bekannt.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das paßt nicht ins Konzept, deshalb darf das nicht stimmen! — Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Abgeordneter Brouwer wünscht eine Frage an Sie zu richten. Sind Sie bereit, diese Frage zu beantworten?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ja, bitte!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Herr Brouwer!

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Kollege Dr. Franke, meinen Sie nicht, daß viel Schaden schon dadurch entstanden ist, daß das Werfthilfeprogramm jetzt erst, viel zu spät, durchgeführt wird?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Nein, Herr Brouwer, das meine ich nicht! Auch hier müssen wir der Ehrlichkeit halber doch darauf hinweisen, ohne jetzt konkrete Firmen zu nennen oder konkrete Aufträge: Genau wie Frau Förster sich umgehört hat, haben wir uns doch auch umgehört. Wir können aber Einzelheiten hier nicht nennen. Wir wissen aber, daß Verträge abgeschlossen worden sind unter der Vorbehaltsklausel, daß das Siebte Werfthilfeprogramm kommt. Es ist doch nicht so, daß uns sämtliche Aufträge davongelaufen sind. Das wissen Sie doch auch! Aber ich kann doch hier nicht irgendwelche Konditionen oder besondere Aufträge vor aller Öffentlichkeit ausbreiten. Ich glaube, da würden wir doch den Werften selbst keinen Gefallen tun.

(Starker Beifall bei SPD und FDP)

Ich kann Ihnen versichern, daß wir ebenfalls bei den Werften bei den maßgebenden Herren nachgefragt haben und uns insofern durchaus gesagt worden ist: Sicherlich bestehen Schwierigkeiten. Darüber gibt es keinen Zweifel. Andererseits sind die Schwierigkeiten aber wiederum nicht so groß, um in eine derartige Schwarzweißmalerei zu verfallen, Arbeitsplätze in Gefahr und die ganze Existenz der Werftindustrie ist bedroht, so, wie es vorhin von Frau Förster getan wurde.

(Abg. Koschek [CDU]: Das nimmt Ihnen doch niemand ab, Herr Dr. Franke! — Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Dr. Franke, sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Dr. Schäfer zu beantworten?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Bitte schön!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Herr Dr. Schäfer!

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Dr. Franke, können Sie uns Daten aus dem Siebten Werfthilfeprogramm nennen, nachdem Sie behauptet haben, es sei tatsächlich schon gegessen?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Die erste Tranche sieht 173 Millionen DM Zinszuschüsse vor, und 275 Millionen DM aus ERP-Krediten, um nur diese Millionensummen hier einmal zu nennen.

(Abg. Ströh [SPD]: Das weiß er doch auch!)

Also ich meine, es ist doch nicht so, als wenn hier gar nichts getan würde, und ich wehre mich dagegen, daß hier ein einseitiges Bild entworfen wird und hier in Panikmache gemacht wird, und es unter Umständen auch noch um die Arbeitsplätze geht.

(Starker Beifall bei SPD und FDP)

Weiterhin, Frau Förster, wenn Sie schon hier Reparaturen ansprechen, dann müssen wir hier auch deutlich sagen, daß gerade das Reparaturgeschäft bei den Werften das Geschäft ist, das erhebliche Gewinne abwirft.

(Widerspruch bei der CDU)

Die Frage der Reparaturen ist keine Frage der Aufwertung, sondern eine Frage der Terminierung. Um was es uns hier geht, ist, die Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Und Sie wissen doch aus der Deputation für Wirtschaft, daß wir gerade in den letzten Sitzungen erhebliche Summen und Hilfen beschlossen haben, um Investitionen vornehmen zu können, die denen von Hamburg nicht nur gleichwertig sind, sondern die die Hamburger sogar überrunden. Auch das muß hier auch einmal festgestellt werden.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Hört, hört! — Beifall bei SPD und FDP)

Dann wird allgemein behauptet, die Existenz ist in Gefahr! Da sagten Sie, man braucht nicht erst zum Konkursgericht zu laufen. Da haben Sie vollkommen recht, aber dennoch stellt sich doch, wenn es um Hilfen geht, auch die Frage nach der Zumutbarkeit. Ich kann doch nicht einfach sagen, weil hier Nachteile da sind, die zweifelsohne für diese Wirtschaftszweige in Kauf zu nehmen sind, nun muß aber sofort wiederum der Staat zur Kasse treten, gerade weil wir die Aufwertung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht vorgenommen haben und die auch erhebliche Vorteile mit sich gebracht hat, auch für Wirtschaftszweige in Bremen!

Ich will Ihnen hier einiges einmal vorhalten, um einige Zahlen hier zu sagen:

Zum Beispiel in der Tabakindustrie, zum Beispiel in der Futtermittelindustrie, die ja immerhin einen Preisrückgang von etwa bis zu 10 Prozent unter Normalpreis zur Folge gehabt hat! Wir haben keine Nachteile in der Elektroindustrie, kaum Nachteile in der Maschinenbauindustrie. Sicherlich werden betroffen die Werftindustrie, betroffen ist die Textilindustrie, natürlich auch die von Ihnen genannten in der Küstenschiffahrt, in der Seeschiffahrt.

Andererseits stelle ich aber nochmals fest: Wenn es um Hilfen geht, dann sind wir durchaus bereit, in dem Moment helfend einzugreifen, wenn die Grenze

der Zumutbarkeit überschritten worden ist. Und es ist doch einfach eine Tatsache, daß bis jetzt auch qua Deputation außer der Werftindustrie und der Textilindustrie kaum ein Betrieb an uns herangetreten ist und gesagt hat, jetzt müssen wir aber Hilfen haben, sonst sind eben Arbeitsplätze in Gefahr, sonst ist unser Betrieb existenzbedroht.

Wir können aber nicht immer, wenn es mal ans Opfern geht, dann immer gleich danach schreien und sagen, nun muß aber der Staat wieder zur Kasse treten. Dagegen wehre ich mich, und das möchte ich hier also mit Nachdruck zum Ausdruck gebracht haben.

(Beifall bei SPD und FDP — Abg. Koschek [CDU]: Was hat das Ganze mit der Wirtschaft zu tun?)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Oltmanns.

Abg. **Oltmanns** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war einigermaßen erstaunt über den Beginn der Ausführungen von Frau Förster,

(Abg. Koschek [CDU]: Waren gut, nicht?)

in denen sie etwa wörtlich zum Ausdruck brachte, wir wollen auf keinen Fall hier eine Debatte über Aufwertungsfragen. Ich meine, daß ich mir nicht vorschreiben lassen kann, über was ich sprechen will und möchte. Das kann auch Frau Förster nicht. Zum anderen bin ich darüber erstaunt, daß sie selbst zum Schluß ihrer Ausführungen weitgehend auf Aufwertungsfragen zu sprechen gekommen ist.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Anfrage der CDU zweierlei bezwecken sollte: Erstens eine Information vom Senat zu erhalten über die Auswirkungen der Aufwertung auf die bremische Wirtschaft, und dem stimme ich vollkommen zu. Zweitens möchte die CDU durch diese Anfrage ein anderes Ziel verfolgen, nämlich etwa unter dem Tenor: Ihr von der SPD und FDP habt die Aufwertung ständig verlangt, und darunter leidet nun die bremische Wirtschaft. Ihr also seid die bösen Buben. Das ist das politische Ziel, das die CDU durch diese Anfrage bezweckt.

Denn daß hier in der bremischen Wirtschaft Schwierigkeiten zu erwarten sind durch die Aufwertung, darüber gibt es keinen Zweifel, und der Herr Senator für die Wirtschaft hat auch in aller Deutlichkeit und Ausführlichkeit, ohne etwas zu beschönigen, auf diese Schwierigkeiten bestimmter Wirtschaftskreise in Bremen hingewiesen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Es geht nicht darum, daß Schwierigkeiten sind!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Frage der Aufwertung, gegen die die CDU sich im letzten Sommer weitgehend gewehrt hat, an der Spitze der damalige Bundeskanzler Kiesinger und Herr Strauß — wir müssen das noch einmal deutlich machen —,

(Abg. Klein [CDU]: Auch Herr Schiller!)

ist doch diese Auffassung von beiden Herren am gleichen Tage, an dem die Wahl geschlagen war, rückgängig gemacht worden. Da haben sie anerkannt, daß ihre bisherige Politik auf diesem Gebiet falsch war.

(Abg. Klein [CDU]: Das sagen Sie! — Beifall bei FDP und SPD)

Sie haben deutlich zum Ausdruck gebracht, wir geben den Wechselkurs frei.

(Abg. Klein [CDU]: Weil Sie ein halbes Jahr den Wahlkampf damit bestritten hatten)!

Meine Damen und Herren, das ist eine Tatsache, die können Sie, Herr Klein, nicht vom Tisch wischen.

(Abg. Klein [CDU]: Weil Sie ein halbes Jahr den Wahlkampf damit bestritten haben! — Heiterkeit bei SPD und FDP)

Demzufolge ist unter der Regierung Kiesinger die Wechselkursfreigabe durchgeführt worden, und die Aufwertung war doch letztlich nur der Schlußpunkt.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Jawohl! — Beifall bei FDP und SPD)

Ich möchte außerdem festhalten, daß es zu diesem Zeitpunkt die allerhöchste Zeit war, unsere Wechselkursparität zu ändern. Das hätte schon ein halbes Jahr früher erfolgen müssen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dann wären die Schwierigkeiten für die DM nicht eingetreten.

(Abg. Klein [CDU]: Sie denken doch an Professor Schiller, was der dazu gesagt hat?)

Ich weiß, daß Ihnen das unangenehm ist, Herr Klein, aber das sind Tatsachen, die Sie nicht vom Tisch wischen können. Das muß ich hier einmal deutlich aussprechen.

(Abg. Klein [CDU]: Ist mir gar nicht unangenehm!)

Im übrigen ist das Problem, vor dem wir heute stehen, unsere Preise festzuhalten. Wir wissen, daß die Stabilität schwankt. Vorhersagen von 3 Prozent erweitern sich bereits auf 3,5 beziehungsweise 4 Prozent. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Preissteigerungen in der Bundesrepublik nach der Aufwertung um 3 beziehungsweise 4 Prozent Schwankungsbreite sind aber — auch das muß einmal deutlich ausgesprochen werden — im übrigen industriellen Ausland in viel stärkerem Maße festzustellen.

Wenn wir im Oktober beziehungsweise September letzten Jahres diese Aufwertung nicht durchgeführt hätten — so ist damals prophezeit worden, und zu

dem steht man auch heute noch —, wäre diese Preissteigerungsrate auf über 7 Prozent angestiegen.

(Abg. Klein [CDU]: Völlig unbewiesen! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Laut Statistik! — Unruhe)

Meine sehr gehrten Damen und Herren, zu den Ausführungen von Herrn Brouwer möchte noch einiges sagen. Sie haben sich sinngemäß dahingehend ausgedrückt, daß die Liquidität nach der Aufwertung zurückgegangen ist und dadurch die Kredite mit hohen Zinsen belastet sind. Ich meine, das war ja wohl auch der Sinn der Aufwertung, die überschäumende Konjunktur zu dämpfen, und es ist die Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß diese überschäumende Konjunktur etwas zurückgeht, die Kredite zu verteuern und dadurch die Investitionsfreudigkeit zu dämpfen.

Das ist die heutige Situation: Man ist nach gesamtwirtschaftlicher Betrachtung auch heute noch der Auffassung, daß die Konjunktur auf Hochtouren läuft. Auch heute noch! Das hat Herr Dr. Franke ebenfalls deutlich zum Ausdruck gebracht, während die Ausführungen von Frau Förster etwa den Tenor hatten, wir sind alle so ungefähr am Ende. Und das ist wirklich nicht der Fall.

Im übrigen hat Frau Förster erfreulicherweise die Tatsachen, die Herr Senator Eggers vorgetragen hat, noch unterstützt und erweitert. Aber worauf ich immer gewartet habe: Was soll denn nun anders werden oder was soll unternommen werden über die Vorschläge hinaus, die die Wirtschaftsminister der Küstenländer, insbesondere der Senator für die Wirtschaft in Bremen, vorgeschlagen haben?

(Abg. Klein [CDU]: Sie sollen Erfolge erzielen, Erfolge in Bonn!)

Vorschläge, die das ändern könnten, die im wesentlichen hierbei helfen könnten, sind jedoch nicht gekommen.

(Abg. Ingeborg Förster [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage. — Glocke)

Ich möchte meine Ausführungen jetzt beenden.

(Abg. Klein [CDU]: Das dient aber nicht dem Dialog!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt kurz anführen, was in der Anfrage der CDU gar nicht zum Tragen gekommen ist — ich weiß nicht, ob es versehentlich war, also vergessen worden ist —, es heißt nämlich in der Anfrage: Die Schwierigkeiten für Reeder, für Werften und für die Hafenwirtschaft. Von der Fischwirtschaft ist in der Anfrage nichts zu lesen gewesen.

Aber erfreulicherweise hat Herr Senator Eggers eine entsprechende Antwort gegeben, nämlich auf diese fehlenden Worte. Im übrigen hat Frau Förster auch darauf geantwortet — dem kann ich mich nur anschließen —, daß wirklich Schwierigkeiten für unsere Fischwirtschaft dadurch gegeben sind, daß die Exporte erheblich verteuert und die Importe verbilligt werden und dadurch eine verschärfte Konkurrenzsituation für unsere Fischwirtschaft in Bremerhaven gegeben ist. Andererseits müssen wir feststellen, daß die Fischwirtschaft zu dem Bereich der Urerzeugung gehört, genau wie die Landwirtschaft, und daher auch, so meine ich, die gleichen Rechte haben sollte. Für die Fischwirtschaft müßte das gleiche getan werden wie für die Landwirtschaft.

(Abg. Klein [CDU]: Die FDP hat im Finanzausschuß dagegen gestimmt!)

Alle Küstenländer, in denen die Fischwirtschaft eine Rolle spielt, also auch Bremen, sind in Bonn vorstellig geworden, um dieses Ziel zu erreichen.

(Abg. Klein [CDU]: Die FDP hat dagegen gestimmt!)

Das ist ja nicht wahr! Im übrigen wird über die erheblichen Schwierigkeiten, die wir nicht verniedlichen und verharmlosen wollen, insbesondere Reedereien und Hafenwirtschaft, Herr Senator Dr. Borttscheller als zuständiger Fachsenator noch einiges zu sagen haben. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Die bisherige Diskussion dieser Anfrage hat für die allgemeine Situation doch eine Menge Daten gebracht, die wir, glaube ich, alle im Interesse der bremischen Wirtschaft akzeptieren müssen. Wir haben festzustellen — das tue ich auch gern —, Herr Senator Eggers hat in seiner Antwort klar aufgezeigt, was in Bremen zur Zeit schwierig ist, was er getan hat. Aber, das hat Frau Förster herausgeschält — und Herr Brouwer hat es unterstützt —, es ist nicht zum Tragen gekommen. Was ist bis jetzt positiv geschehen?

Wir haben in der Presse immer nur gehört, das Siebte Werfthilfeprogramm ist im Kommen. Hier wird durch Herrn Dr. Franke gesagt, es ist schon gegessen. Meine Damen und Herren, das sind doch Widersprüche, die man nicht ohne weiteres hinnehmen kann. Entweder haben wir das Siebte Werfthilfeprogramm, und dann können die Werften auch tatsächlich abschließen, oder wir haben es nicht. Diese Vorbehaltsklausel, Herr Dr. Franke, ist mir bekannt, aber das ist doch kein Faktum, mit dem ich hundertprozentig arbeiten kann.

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator Eggers, Sie haben in Ihrem Bericht zum Schluß auch positive Auswirkungen der DM-Aufwertung für die Importwirtschaft bei der Einfuhr billiger Vormaterialien aufgeführt. Ich gebe zu, daß es möglich ist, aber andererseits ist praktisch alles graue Theorie. Denn diese Vorteile, meine Damen und Herren, sind durch die Lohn- und Materialpreiserhöhungen wieder aufgehoben.

Ein ähnliches Wunschbild wurde für die Verbraucher skizziert. Auch da ist die Situation anders. Meine Damen und Herren, es ist nachgewiesen, daß vom Dezember 1969 bis Januar 1970 eine 1,2-prozentige Steigerung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist. Das ist nicht schwankend, sondern das ist ein Faktum. Ebenso ist eine Steigerung von 3,5 Prozent der Lebenshaltungskosten vom Januar 1969 bis heute ebenfalls ein Faktum. Darum kommen wir nicht herum.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Ganz klar! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Das haben wir auch in der Zeitung gelesen!)

Ich meine, man kann, wenn auch einige positive Aussagen festzuhalten sind, doch nicht von einem Erfolg der DM-Aufwertung generell sprechen. Ich glaube, das ist eine zu kühne Behauptung.

(Abg. Oltmanns [FDP]: Sie müssen die Gesamtwirtschaft sehen!)

Die DM-Aufwertung, meine Damen und Herren, hat meines Erachtens die ganze bundesdeutsche Wirtschaft global getroffen. Daran ist gar kein Zweifel. Wir stellen bei einigen Industriezweigen zur Zeit eine mäßige Rückentwicklung fest. Wie sie Ende 1970 oder in 1971 sein wird, das können wir heute nicht beurteilen. Aber ich glaube, wir werden vielleicht doch Ende dieses Jahres die Situation anders beurteilen müssen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das wollen wir uns erst einmal ansehen, Herr Dr. Schäfer, auch der „Bremer Vulkan!")

Jawohl, da stimme ich Ihnen bei!

Aber es gibt Binnenlandbranchen, meine Damen und Herren, die heute schon zu kämpfen haben. Bitte, Sie können sich bei „Ihren Kollegen" aus der Keramikindustrie erkunden: die Textil- und Modeindustrie, die Bauindustrie, die im Ausland an riesigen Aufträgen arbeitet, die Consulting-Büros, alle haben diese DM-Aufwertung zu spüren bekommen.

(Abg. Fröhlich [SPD]: Sie müssen die Gesamtwirtschaft sehen!)

Das ist bekannt. Herr Fröhlich, ich erzähle doch nicht alte Binsenweisheiten, ich bringe etwas Neues, das haben Sie noch nicht gehört.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das mit der Textilwirtschaft haben wir auch schon gehört!)

Meine Damen und Herren, diese negativen Auswirkungen haben wir besonders im EWG-Raum und auch auf dem afrikanischen Absatzsektor zu spüren bekommen. Denn hier treten neben DM-Aufwertung auch die negativen Folgen der Franc-Abwertung hinzu, so daß wir zum Teil nicht mehr unsere Absatzgebiete halten können.

Ich möchte noch folgendes festhalten: Als die DM-Aufwertung durchgeführt wurde, haben wir alle gehofft — und das klang auch aus den Äußerungen der Herren, die die DM-Aufwertung vertraten —, daß andere Länder nachziehen würden. Man dachte an die Schweiz, an Holland. Aber, meine Damen und Herren, es ist wiederum eindeutig bei einer Vorleistung der deutschen Bundesrepublik geblieben. Und diese Vorleistung ist bis heute noch nicht honoriert worden.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Wollen Sie jetzt über den Bestand der EWG diskutieren?)

Man erkennt immer wieder in anderen Ländern an, was wir geleistet haben. Natürlich, das würde ich als Ausländer auch tun, besonders jetzt, da er gegenüber der Konkurrenz um 10 Prozent günstiger liegt.

Herr Böhrnsen, warum denn? Das ist doch nicht drin. Das gehört alles dazu, Herr Böhrnsen. Sie sollen ein Bild bekommen, das möchte ich einmal erweitern, da Sie es anscheinend noch nicht haben.

(Lachen bei der SPD — Abg. Koschek [CDU]: Das kann Herr Böhrnsen doch nicht wissen!)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang muß ich auf unsere Zahlungsbilanz zurückkommen. Sie ist ein Spiegel unserer wirtschaftlichen Situation. Nach Angabe der Bundesbank betrugen unsere Währungsreserven im Januar 31 Milliarden. Von diesem Betrag müssen wir absetzen Auslandsverbindlichkeiten, Auslandsforderungen, Auslandsverbindlichkeiten des Kreditgewerbes. Es dürften am Ende verfügbar sein ungefähr 20 bis 25 Milliarden.

Die augenblickliche Situation kann meines Erachtens nicht optimistisch stimmen, wenn wir uns diesen Betrag einmal näher ansehen. Diese verfügbaren Mittel decken einen Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln von rund zwei Monaten. Dieser Betrag ist für einen hochindustrialisierten Staat, wie ihn die Bundesrepublik darstellt, und die praktisch bis zu 30 Prozent ihrer Produktion in den Export schleust, nach der Erfahrung vieler Fachleute zu gering. Diese Erkenntnis wird, wie ich schon andeutete, auch von ausländischen Experten geteilt.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Ist das ein Glaube oder eine Kenntnis?)

Herr Böhrnsen, lassen Sie mich einmal ausreden. Vielleicht lernen Sie doch ein bißchen dabei, nicht viel.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Hüte dich davor! — Abg. Klein [CDU]: Wie können Sie Herrn Böhrnsen duzen!)

Meine Damen und Herrn, Ende November, Anfang Dezember trat sogar die Frage auf, ob in der Bundesrepublik nicht am Ende eine Devisenbewirtschaftung eingeführt werden würde. Das heißt, man hatte kein Vertrauen, mehr Zweifel, wie sich die Zahlungs-

bilanz, die Handelsbilanz überhaupt entwickeln würde. Herr Minister Schiller hat damals doch den schönen Ausdruck gebracht von einem Liquiditätskollaps. Ich frage mich, sollte dies nicht als neue, bewußte Wortschöpfung für die schlechte Lage auf dem Kapitalmarkt gedacht sein? Er hat die Situation sehr richtig erkannt und beleuchtet.

Meine Damen und Herren, wenn Sie heute — ich betone heute — zum Beispiel die freien Liquiditätsreserven der Banken untersuchen, dann stellen Sie fest, daß diese vor der DM-Aufwertung rund 12 Prozent des Einlagevolumens der Banken ausmachten. Heute sind es gerade noch 6 Prozent. Das, was übrig bleibt, ist so knapp, daß viele Kreditwünsche nicht befriedigt werden können. Denn die Zinsen sind, bedingt durch die Entwicklung, derartig hoch, daß zahlreiche Investitionsvorhaben nicht zum Zug kommen, trotzdem ihre Realisierung eigentlich sehr notwendig wäre.

Ich finde, es ist zumindest auf dem Kapitalmarkt — ich schränke das ein, meine Damen und Herren —

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Aha!)

eine besorgniserregende Situation.

(Abg. Koschek [CDU]: Genau das!)

Wäre es denn nicht möglich gewesen — ich will die DM-Aufwertung nicht hundertprozentig in Frage stellen —, bei einer gestrafften und zeitgerechten Ausführung der DM-Aufwertung

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Das haben Sie doch verhindert!)

diese meines Erachtens besorgniserregende Situation zu vermeiden? Denn sie ist eindeutig durch die DM-Aufwertung heraufbeschworen worden.

(Abg. John [SPD]: Besser jetzt als gar nicht!)

Meine Damen und Herren, ich komme abschließend auf ein weiteres Beispiel, das Sie vielleicht bislang übersehen haben. Ein besonderes Schlaglicht auf diese verfahrene Situation auf dem Kapitalmarkt, wenn man nicht sagen darf Kapitalklemme, wirft die Maßnahme der derzeitigen Bundesregierung. Mehrfach wurde die Regierung Kiesinger/Strauß angezogen. Meine Damen und Herren, diese Regierung hatte seinerzeit eigentlich etwas ganz Gutes getan: sie hat für 800 Millionen DM US-Schatzanweisungen gekauft, und die jetzige Regierung hat diese Schatzanweisungen, die ja auf lange Zeit laufen sollten, prompt umgetauscht in US-Staatspapiere, die

(Abg. Fichtner [NPD]: 6 Jahre!)

man von heute auf morgen in Devisen umsetzen kann. Meines Erachtens konnte die Regierung unsere schwierige Devisen-Situation nicht besser beleuchten, wie sie es durch diese Maßnahme tätigte.

Meine Damen und Herren, ich habe dieses Problem mit Absicht herangezogen, denn der Herr Wirtschaftssenator hat diese Fakten überhaupt nicht beleuchtet. Dabei berühren sie letzten Endes mit ihren Auswirkungen auch den bremischen Wirtschaftsraum. Wir sind exportorientiert in jeder Hinsicht, oder sagen wir im größeren Prozentsatz, und müssen daher auch Sorge haben um eine gute Kapital- und Devisensituation. Da meine ich, sind zur Zeit Schwierigkeiten. Ob sie durch die Maßnahmen der Bundesregierung beseitigt werden, ist eine Frage, die erst in den nächsten Monaten beantwortet werden kann.

Jedenfalls, meine Bemühungen und die meiner Freunde gehen dahin, uns zu rühren und auf diese Fakten hinzuweisen. Denn wir möchten erreichen — damit stimmen wir mit Ihnen überein —: die Arbeitsplätze erhalten, unsere Wirtschaft weiterhin fördern und letztlich unsere sozialpolitischen Fragen mit guten Ergebnissen der Wirtschaftspolitik auch tatsächlich realisieren. — Danke schön!

(Abg. John [FDP]: Einverstanden! — Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist vorhin von Herrn Oltmanns darauf hingewiesen worden, daß er es für nötig hält, über die Fragen, die der Aufwertung vorausgegangen sind, hier noch einmal zu sprechen. Es ist auch im Laufe der Debatte geäußert worden, es sei allein Verschulden — wenn ich dieses Wort benutzen soll — der Regierung Kiesinger, daß eine Aufwertung nicht schon früher zustande gekommen ist, und es ist schließlich gesagt worden, wenn sie früher zustande gekommen wäre, wären die Dinge besser gelaufen.

Ich sehe mich veranlaßt, um hier nicht ein falsches Bild im Raum stehen zu lassen, einige Dinge dem Hohen Hause ins Gedächtnis zu rufen, die der historischen Wahrheit gerecht werden. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten darf ich daher einige Äußerungen des jetzigen Bundeswirtschaftsministers, der auch damals Bundeswirtschaftsminister war, hier wiederholen und zitieren.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Mit Datum! — Senator Eggers: Mit welchem Datum!)

Die Daten füge ich bei.

Der Herr Bundeswirtschaftsminister hat vor eineinhalb Jahren am 9. September 1968 vor der Industriegewerkschaft Metall ausgeführt:

„Eine Aufwertung der DM würde bedeuten, daß wir den Aufschwung, der vom Export getragen wird, weitgehend und vorzeitig abwürgen würden. Das wollen wir nicht."

Er hat einige Wochen später mit dem Datum vom 26. November 1968 vor dem Deutschen Bundestag ausgeführt:

„Unser eigener klarer harter Widerstand gegen die Aufforderung von anderen war nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch begründet. Erstens, bei aller Hochachtung vor der Stärke der deutschen

Volkswirtschaft und der deutschen Währung, einer Hochachtung, die sich ja nun auch im Ausland ausbreitet, erscheint es mir völlig unmöglich, ja eine ganz und gar illusorische Erwartung, allein durch eine Aufwertung der DM die Zahlungsbilanzmiseren aller anderen Länder sozusagen von einem Punkte her zu kurieren.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr richtig! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Zu dem Zeitpunkt war es wahr!)

Zweitens, es erscheint uns politisch unzumutbar, daß wir die unbestreitbaren Fehler anderer im eigenen Hause allein durch eine isolierte DM-Aufwertung stellvertretend für Maßnahmen für andere sozusagen an uns selbst korrigieren. Drittens, durch eine Aufwertung, ich nehme etwa die Zahl, die so oft genannt wurde, von 7½ Prozent der DM hätten wir unseren Handelsbilanzüberschuß in einem Jahr um fast 10 Milliarden DM reduziert. Wir hätten dann unsere internationalen Verpflichtungen, wie Entwicklungshilfe, Wiedergutmachung, Devisenausgleich, Zahlungen an internationale Organisationen nicht mehr erfüllen können. Rechnen wir noch die notwendigen Abdeckungen unseres Fehlbetrages bei Dienstleistungen hinzu, so stehen den Überschüssen in der Zahlungsbilanz rund 8 Milliarden DM Verpflichtungen schon jetzt laufend gegenüber. Viertens, durch eine solche Maßnahme, wie sie zur Debatte stand, freundschaftlich offen und hart, hätten wir also nicht etwa die Stabilität in andere Länder hineinexportiert, meine Damen und Herren. Durch eine solche massive einseitige Maßnahme hätten wir unser eigenes Wirtschaftswachstum amputiert und damit in unser Land, die Bundesrepublik, eine Rezession importiert." — Schluß des Zitats.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Herr Fischer, wissen Sie, daß das nur die halbe historische Wahrheit ist?)

Das ist aber nicht etwa nur damals gewesen, sondern Herr Professor Schiller hat immerhin in seiner Eigenschaft als Bundeswirtschaftsminister in den Tagesnachrichten des Bundeswirtschaftsministeriums vom 6. Januar 1969 veröffentlicht: „In einer Zeit währungspolitischer Unrast konnte die Bundesregierung eine Aufwertung, die im Gegensatz zum jetzt gewählten Instrumentarium keinerlei Flexibilität und zeitliche Begrenzung zuläßt, nicht verantworten."

Das war die Gegenüberstellung mit der vierprozentigen Importermäßigung.

(Senator Eggers: Ersatzaufwertung!)

Auf der Internationalen Spielwarenmesse in Nürnberg hat der Bundeswirtschaftsminister noch im Februar 1969 — genau am 8. Februar 1969 — ausgeführt: „Ich habe mich mit aller Kraft gegen die Forderung anderer Länder gewehrt, die D-Mark um 7,5 oder 8 Prozent aufzuwerten. Übrigens möchte ich mich hier einmal dafür bedanken, daß uns die Schweiz bei diesem Abwehrkampf so sehr unterstützt hat."

Und schließlich hat er am 27. Februar 1969 im Zweiten Deutschen Fernsehen ausgeführt: „Auch wenn wir eine klassische Aufwertung gemacht hätten im November, was wir aus wohlüberlegten Gründen nicht getan haben und auch weiterhin nicht vorhaben, die Sache ist für uns ausgestanden, wäre das, was an Preisbewegungen jetzt ist, ohnehin eingetreten."

Diese Zitate schienen mir doch notwendig zu sein, um die Dinge ins rechte Licht zu rücken.

(Abg. Stäcker [SPD]: Jetzt zitieren Sie mal weiter, was Strauß und Kiesinger gesagt haben!)

Im übrigen, meine Damen und Herren, meine ich, daß wir jetzt nicht weiterkommen, wenn wir über den historischen Verlauf der Debatte um die Aufwertung und über die Tatsache der geschehenen Aufwertung uns auseinandersetzen, sondern wir sollten doch das tun, was dringend notwendig ist, nämlich wir sollten die Erleichterungsmaßnahmen für die hier genannten Wirtschaftszweige — sie sind ja übrigens von allen Sprechern des Hauses erwähnt worden, nicht nur von einer Seite — endlich durchführen, und insofern ist die für meine Begriffe bedauerliche Feststellung geboten, daß der Senat zwar entsprechende Vorschläge in Bonn gemacht haben mag,

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Mag? Gemacht hat!)

daß er aber nicht in der Lage war, diese Vorschläge realisieren zu lassen, obwohl seit der Aufwertung mehr als vier Monate vergangen sind. Dadurch ist ein Schaden entstanden, der hätte vermieden werden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Gassdorf.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Herr Präsident, ich ziehe meine Wortmeldung zurück!)

Das Wort hat der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Man kommt als wirtschaftlich Fundierter — jedenfalls mit Examen und einer Reihe von Studienjahren an der Universität — etwas in Schwierigkeiten, wenn hier im Hause so gezielt die notwendigen mikroökonomischen Maßnahmen mit Einwürfen aus der Makroökonomie vermischt werden, absichtlich vermischt werden und gezielt vermischt werden, vielleicht auch aus Unwissenheit.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, das am Fall des Fraktionsvorsitzenden der NPD ein wenig erläutern, dem ich selber damit keine Vorwürfe machen will, sondern das, was er sagte, paßt in die Situation so gut herein. Er hat gesagt, es sind Teile in der Bundesrepublik, die Befriedigung über die Brechung des Exportbooms zeigten. Ja, es gibt Teile,

die das tun! Und er sagte ferner, der Binnenmarkt kann die Produktion unserer Wirtschaft nicht aufnehmen. Nein, er kann sie nicht aufnehmen! Aber er vergaß einen weiteren Punkt, daß nämlich durch unsere ungünstige Währungsparität das Ausland uns soweit auskaufte zu für das Ausland sehr günstigen Preisen, daß Warenknappheiten auf dem Inlandsmarkt eintraten, die die Preise im Inland bei uns in gefährlicher Weise hochdrückten und inflationistische Tendenzen brachten.

Daß das — Herr Kollege Fischer ist nicht da —, was im

(Abg. John [FDP]: Doch er ist da, aber er hat nicht zugehört!)

im Januar begann, seinen Kuluminationspunkt etwa im Mai 1969 nach Anlaufen der Jahresanfangskonjunktur erreicht hatte, macht alle Argumente, die man vorher aus der Erfahrung der Flaute heraus gemacht hatte, hinfällig. Hier werden auch wieder unzulässige Zeiten gesetzt und unzulässige Dinge gemischt.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Kollege von Groeling-Müller, der Kollege Ströh hat die Absicht, eine Frage an Sie zu richten. Sind Sie bereit, diese Frage zu beantworten?

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Gern!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Herr Ströh!

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Kollege von Groeling-Müller, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß es fast aussichtslos ist, mit der CDU über Wirtschaftspolitik zu diskutieren,

(Oho-Rufe und Widerspruch bei der CDU)

nachdem die Sprecher, die heute hier ihre Argumente dargelegt haben, draußen sind und Ihre Argumente nicht mehr anhören?

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Sehr verehrter Kollege Ströh, ich würde Ihnen völlig zustimmen, wenn ich nicht ein Bedenken hätte, daß außer den hier jetzt Sitzenden noch eine Reihe von Leuten unser Protokoll liest. Deshalb muß noch einmal aus ökonomischen Gründen, aus rein wissenschaftlich ökonomischen Gründen einfach widersprochen werden. Das dürfen wir nicht so hinnehmen, wenn wir nicht im Lande als dumm verkauft werden wollen.

Meine Damen und Herren, zur Notwendigkeit der Aufwertung einige wenige Worte: Die mikroökonomischen Nachteile für die bremische Wirtschaft sind sowohl von Frau Förster als auch von Herrn Dr. Franke sehr deutlich klargemacht worden. Nun aber frage ich mich: Ist die Gefährdung wirklich so groß oder spielen nicht auf kurze Zeit, in etwa zwei Jahren, die sehr starken inflationistischen Tendenzen unserer Nachbarn soweit mit, daß man den Moment, wo wir wieder gleichgezogen haben in der Wettbewerbsfähigkeit, sogar ausrechnen kann? Und der Punkt ist hoffentlich erreicht, wenn unsere Werften ihre jetzt in den Auftragsbüchern liegenden Aufträge erledigt haben. Die Schwierigkeit allerdings, neue zu kriegen, die steht da, und sie muß von uns gesehen werden, und hier müssen wir helfen.

Dennoch bin ich nicht ganz so hoffnungslos wie der Kollege Dr. Schäfer, denn ich lese fast jeden Sonnabend in sämtlichen bremischen Tageszeitungen Annoncen vor allem unserer Werftindustrie, die betont, daß sie die zukunftsträchtige moderne Industrie Bremens ist und daß sie eine Serie von Spezialisten, Fachleuten, Ingenieuren braucht, um zu expandieren. Auch das steht in den Annoncen. Ich will damit nicht sagen, daß die Werften keine Hilfe haben müssen. Sie brauchen sicher diese Fachleute, um die schwierige Position noch abzumindern und ihre Lage zu verbessern.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Die warten vielleicht auf eine neue Regierung!)

Aber ganz so hoffnungslos mit Anzeichen der Arbeitslosigkeit und so weiter — das zeigt das Bild in unseren Tageszeitungen — ist die Lage keineswegs. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Krauss.

Abg. **Krauss** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz kurz ein paar Worte zur Richtigstellung! Herr Dr. Franke, wenn Sie meinen, der Abfluß der 20 Milliarden hat die Überliquidität abgebaut, dann ist das wirklich sehr verschönt. Wir haben noch nie seit der Währungsreform — —

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Franke zu beantworten?

Abg. **Krauss** (CDU): Bitte!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Herr Franke.

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ist Ihnen bekannt, daß das Zitat, das ich vorhin gebracht habe, aus dem Monatsbericht der Deutschen Bundesbank stammte?

Abg. **Krauss** (CDU): Herr Dr. Franke, ist Ihnen denn bekannt, daß wir noch nie seit dem letzten Kriege eine derartige Liquiditätsverknappung beim Bankenapparat hatten, wie heutzutage?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Herr Krauss, wollen Sie damit sagen, daß die Fachleute der Deutschen Bundesbank also Leute sind, die die Dinge hier verniedlichen wollen?

(Abg. Fichtner [NPD]: Könnte sein!)

Abg. **Krauss** (CDU): Herr Dr. Franke, jetzt reden wir aneinander vorbei. Tatsache ist, daß wir gezwungen waren, zweimal beim Weltwährungsfonds zu ziehen. Das braucht ja keine schlimme Sache zu sein.

Aber wir können doch nicht die Sache dadurch aus der Welt schaffen, daß wir sagen, dies hat die Überliquidität abgebaut. Ganz zweifellos hat es eine ganz schwere Liquiditätsklemme gegeben.

Mein Vorredner hatte von dem berühmten Ausverkauf der deutschen Wirtschaft gesprochen. Also diese Sache ist ja an sich nachgerade so lächerlich, daß sie gar nicht mehr beantwortet werden muß. Aber der Ordnung halber, Herr von Groeling-Müller, eine Antwort darauf: Und zwar im Zitat aus einem Buch des heutigen Staatssekretärs von Dohnanyi. Jetzt ist er beim Forschungsministerium, vorher war er beim Wirtschaftsministerium. Das Buch heißt „Japanische Strategien". Ich denke, diese Äußerungen sind für uns von Wert. Er hat die Bedeutung des Außenhandels erkannt für die Bundesrepublik, er erkennt auch die Bedeutung des Außenhandels für Japan an. Von Dohnanyi sagt: „In Japan herrscht die Meinung vor: zur Erfüllung des binnenwirtschaftlichen Wachstums" — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten verlesen — „ist deswegen Export für Japan eine nationale Aufgabe." „Zum Thema Aufwertung ist in Japan die Meinung vorherrschend" — ich darf wieder zitieren —, „daß Exportüberschüsse die Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Industrie dokumentieren und wohl auch eine gewisse strukturelle Unterbewertung des im Wechselkurs seit 1953 unveränderten Yen. Die Konzeption der japanischen Wirtschaftspolitik schließt eine Aufwertung aus."

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Abgeordneter Krauss, sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten von Groeling-Müller zu beantworten?

Abg. **Krauss** (CDU): Bitte schön!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte sehr, Herr Abgeordneter von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Kollege Krauss, haben Sie das nicht verstanden, daß ich nicht kritisierte, daß wir zuviel exportieren, sondern die Folgen eines Exports, nämlich die Inflation im Inland? — Entschuldigung, zu Ihrer Erläuterung!

Abg. **Krauss** (CDU): Ich freue mich, daß Sie das inzwischen eingesehen haben, daß es keine Schande ist, wenn wir einen guten Außenhandel treiben.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das ist eine Unterstellung, mein Lieber!)

In Zusammenhang mit den Äußerungen von Herrn von Dohnanyi eine Zeitungsnotiz: Keine Yen-Aufwertung. Es wird also am 27. Januar diese Ansicht der Japaner noch wieder bestätigt. Außerdem, wir haben es hier in Bremen ja vor wenigen Tagen aus dem Munde des Herrn Bundespräsidenten selbst gehört, der anläßlich der Schaffermahlzeit auf die Bedeutung von Seefahrt und Außenhandel für eine Stadt wie Bremen, auf ihr Ansehen und ihren Wohlstand durch Jahrhunderte hingewiesen hat.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Von Japan hat er aber nichts gesagt!)

Fast jede Zeitung bringt in diesen Tagen irgendeinen Jahresbericht von Großkonzernen. Heute BASF. Der Gesamtumsatz dieses Konzerns beträgt 9 Milliarden DM. Wenn ich nur die Aktiengesellschaft, die in Ludwigshafen ihren Sitz hat, mit ihren rund 43 000 Mitarbeitern herausnehme, dann hat dort der Auslandsumsatz rund

(Abg. Ströh [SPD]: Was soll das bloß! — Senator Eggers: Richtige Zahlen! — Abg. Ströh [SPD]: Kommen Sie doch zur Sache!)

— Moment — 2,2 Milliarden DM ausgemacht gegenüber einem Gesamtumsatz der Aktiengesellschaft von 4,5 Milliarden DM. Das sind fast 50 Prozent.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Abgeordneter Krauss, sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten John zu beantworten?

Abg. **Krauss** (CDU): Ja!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Herr Kollege Krauss, sind Sie nach den Ausführungen des Herrn Kollegen Fischer mit seinen zeitlich belegten Zitaten des Herrn Bundeswirtschaftsministers nicht mit mir der Meinung, daß der richtige Zeitpunkt für eine Aufwertung im Mai 1969 etwa gewesen wäre, als die FDP es forderte, daß es aber nur verhindert wurde durch den Ausspruch des damaligen Bundeskanzlers, des CDU-Vorsitzenden Kiesinger, solange ich Kanzler bin, kommt eine Aufwertung nicht in Frage?

Abg. **Krauss** (CDU): Ich hatte an sich die Absicht, der Anregung von Frau Förster zu folgen und diesen Streit, wann der richtige Zeitpunkt gewesen wäre, außenvor zu lassen. Es gibt soviele Zitate von klugen Leuten dagegen, und der Zeitpunkt wäre wahrscheinlich 1968 schon richtig gewesen. Ich sehe keinen Sinn darin, daß wir uns darüber auseinandersetzen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Stäcker [SPD]: Warum wohl?)

Bei dieser zeitlichen Untersuchung schneiden Sie ja nicht besonders ab.

Noch ein zweites Zitat über die Bedeutung unseres Außenhandels, auch aus der heutigen Presse: Gutehoffnungshütte, Umsatz in der ersten Hälfte des neuen Geschäftsjahrs mit 35 Prozent Auslandsumsatz. Im übrigen ein wörtlich zitierter Satz von dem Vorstandsvorsitzenden Herrn von Menges: „Für die deutsche Industrie ist das Auslandsgeschäft eine Existenzfrage, wenn auch allzu oft der Außenhandel nur als ausgleichendes Element der jeweiligen Inlandskonjunktur angesehen wird."

Wenn wir uns, meine Damen und Herren, vor allen Dingen in Bremen über die Bedeutung des Außenhandels einig sind, dann ist schon ganz viel erreicht, dann können wir das an dieser Stelle schon mal als Streitpunkt ausklammern.

(Widerspruch bei der SPD)

Aber um Herrn John noch einen Gefallen zu tun, möchte ich auch noch ein weiteres Zitat anführen. Der langjährige Direktor der Schweizerischen Nationalbank, Dr. Iklé, hat sich zum Zeitpunkt unserer Aufwertung geäußert. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren. Iklé hat gesagt: „In einer derartigen Lage aufzuwerten, stellt ein an Tollkühnheit grenzendes Unterfangen dar." Dann sagt er weiter auf die Frage, ob sich die Schweiz diesem Abenteuer hätte anschließen sollen: „Nur eine Schafherde stürzt sich über die Felswand, wenn der Leithammel vorausgeht."

(Abg. Ströh [SPD]: Meinen Sie Kiesinger damit? — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Den Führungsanspruch in Europa haben wir noch nicht gestellt!)

Meine Damen und Herren, im Grunde genommen stellt sich ja, wenn wir die Zeitungsmeldungen lesen, und das, was wir aus dem Bundesparlament miterleben in den dortigen Debatten, eine ganz andere Frage. Offensichtlich handelt es sich im Augenblick um eine Überkonjunktur. Aber welchen Schluß dürfen wir denn daraus ziehen? Ich würde es gern sehen, wenn wir darin übereinstimmen, daß es sich bei der Aufwertung eben nicht um eine konjunkturpolitische Kategorie handelt, sondern um eine währungspolitische Frage

(Abg. Ostendorff [FDP]: Eine monitäre Maßnahme! Mein Gott, das tut so weh!)

Wenn hier gesagt wurde, das, was Frau Förster ausgeführt hat, sei Schwarzmalerei, dann kann das also vor dem Hintergrund dieser bundespolitischen Dinge so sein. Für uns in Bremen sind die Probleme wohl doch ein wenig anders. Ich glaube, der Herr Wirtschaftssenator hat die Probleme für die bremische Wirtschaft gut erkannt, wie die Antwort des Senats zeigt.

(Beifall bei der SPD — Abg. v. Greoeling-Müller [FDP]: Was für ein Kerl! — Heiterkeit bei der SPD)

Es wäre also deshalb ganz gut möglich, daß wir uns im bremischen Interesse hier nicht weiter streiten. Aber zum gemeinsamen Vorgehen gehört einmal Einflußnahme auf unsere Bundestagsabgeordneten.

(Abg. Boljahn [SPD]: Aha, Müller-Hermann!)

Meine Damen und Herren, es ist eben einfach unglaublich, daß Ihre — von der linken Seite des Hauses, der SPD — Abgeordneten es nicht unterstützt haben trotz Anregungen Bremens, was in der Angelegenheit Hilfe oder Gleichstellung der Fischwirtschaft mit der Landwirtschaft angeregt worden war. Da sollten Sie wirklich Ihren Einfluß ausüben.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Wird gemacht!)

Im übrigen sollten wir unseren Senat bitten, noch mehr Entschlossenheit zu zeigen, damit wir in Bonn zu Ergebnissen kommen. An sich müßte der Draht doch jetzt vorhanden sein. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Koschek.

(Aha-Rufe bei der SPD — Abg. Ströh [SPD]: Die drei tollen Tage sind doch vorbei, Herr Koschek!)

Abg. **Koschek** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe eigentlich gehofft, daß der Herr Senator Eggers doch einmal in die Debatte eingreifen würde,

(Zurufe von der SPD)

denn wir haben ja durch Frau Förster allerhand Fragen gestellt, und meine Geduld, ich muß es ehrlich sagen, ist übermäßig strapaziert worden.

(Stürmische Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe immer gedacht, wann kommt er denn nun endlich!

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Und er kommt doch, Emil! — Abg. John [FDP]: Er ist ja da!)

Ich muß aber doch damit rechnen, daß er nicht mehr kommt, und da möchte ich ihm doch noch einiges sagen.

Wenn der Herr Präsident gestattet, möchte ich mit einem Zitat von Professor Weichmann — diesmal nicht Schiller —, dem Bürgermeister von Hamburg, beginnen: Im Oktober 1968 sagte Herr Professor Weichmann, Erster Bürgermeister von Hamburg —

(Zuruf von der SPD: Gehört zur SPD!)

ich habe nicht gesagt, daß in der SPD nun alle schlecht sind — folgendes in der Bürgerschaft:

(Heiterkeit bei der SPD)

„Ich bin in der Tat der Meinung, eine Aufwertung der D-Mark sollte nicht ein zweites Mal in Frage stehen und möchte dieser Meinung nachdrücklich für den Hamburger Senat Ausdruck geben." — Richtig bei der CDU, das war der Zwischenruf! — Beifall bei der SPD und bei den übrigen.— Dann geht es weiter, was er dann sagte: „Man kuriert einen Kranken nicht, indem man den Gesunden krank macht, und wir in Hamburg — —

(Abg. Klemmer [SPD]: Ist es wahr?)

Wenn das Ihr einziger Beitrag ist, dann gehen Sie bitte nach Hause!

(Stürmische Heiterkeit bei der SPD!)

„Man kuriert einen Kranken nicht, indem man den Gesunden krank macht, und wir in Hamburg würden sofort sehr schwere Krankheitserscheinungen auf uns ziehen, wenn in unserer Werftindustrie und in unserer Export- und Importindustrie erneut eine völlige Verschiebung der bisherigen Voraussetzungen eintrete, meine Damen und Herren."

(Zuruf von der SPD: Wann war das?)

Das sagte Professor Weichmann im Oktober 1968, zu einem Zeitpunkt, wo sich heute alle Experten einig darüber sind, daß, wenn eine Aufwertung, dann wäre gerade im Oktober die richtige Zeit gewesen.

Meine Damen und Herren, nun muß ich also feststellen, daß mein Kollege Markus Krauss sagte, Senator Eggers hat das klar erkannt, er hat das erkannt, aber zu spät. Meine Damen und Herren, und das ist der Unterschied. Wenn er in seinem Bericht heute alles so bringt und sagt, jawohl wir haben Schaden gelitten, meine Damen und Herren, kennen Sie Ihren Eid denn nicht? Wir müssen Schaden von uns wenden!

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

Jawohl, Schaden von uns wenden. Wenn Sie, Herr Senator, sagen, daß dies Bremen schadet, daß es der Industrie schadet, meine Damen und Herren — —

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Kollege Koschek, sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Ströh zu beantworten?

Abg. **Koschek** (CDU): Nein, danke, ich bin nicht bereit, weil ich der Meinung bin, daß ich diese Herren Experten doch nicht überzeugen kann.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Man sollte die Darbietung auch nicht unterbrechen!)

Meine Damen und Herren, wenn man das erkennt, daß der Schaden auf Bremen zukommt, dann darf man nicht in Wahlkampfanzeigen, wie das die SPD getan hat, die DM-Aufwertung propagieren. Das ist ein Unding, meine Damen und Herren, so geht das nicht! Man kann nicht vor der Wahl sagen, Herr Schiller liegt richtig, die D-Mark-Aufwertung muß kommen, und nach der Wahl sagt man, das war falsch. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich das doch einmal vor, das würde einem großen Industrieunternehmen passieren, daß die leitenden Direktoren es falsch sehen, es falsch beurteilen, die würde man doch an die frische Luft setzen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Zurufe bei der SPD)

Und was passiert bei uns?

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Der Direktor mußte gehen!)

Nach der Wahl sagen wir, das war zwar falsch! Eben! Eben! Wir haben leider nicht die Macht, Sie zu zwingen, daß Sie gehen! Diese Erkenntnisse, meine Damen und Herren, hätten Sie vorher haben müssen. Hier tragen Sie ja die Verantwortung in Bremen. Sie können sich nicht damit entschuldigen, daß sich nachträglich etwas als falsch herausstellt, was Sie nicht mehr ändern können.

(Lachen bei der SPD)

Sie hätten damals an Ihre Parteispitze herantreten und sie darauf aufmerksam machen müssen, daß dieser Weg nicht richtig ist. Und weil Sie das nicht getan haben, meine Damen und Herren, haben Sie Bremen geschadet. Das ist meine Meinung.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Wodurch denn?)

Im übrigen, meine Damen und Herren, hat die D-Mark-Aufwertung nicht nur der Werftindustrie, Export- und Importindustrie geschadet,

(Abg. Boljahn [SPD]: Auch der Bettenindustrie?)

sie hat in erster Linie der mittelständischen Wirtschaft geschadet, meine Damen und Herren. Die augenblickliche Geldverknappung, das ist auch angeschnitten worden, führte heute dazu, daß man sich überlegt, ob man weiter investieren soll oder nicht.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Hat mit der Aufwertung wenig zu tun!)

Der Baumarkt, meine Damen und Herren, ist ein gutes Mittel, die Konjunktur zu regulieren. Und wenn man nicht mehr baut, wenn das Geld zu teuer ist, kann man ja nicht bauen, nur das Notwendigste. Meine Damen und Herren, dann werden wir auf diesem Gebiet wieder einen Rückschlag erleiden, und dann sind wir so weit wie 1966, meine Damen und Herren. Darauf können Sie sich verlassen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das werden wir in Ruhe abwarten! — Zuruf von der SPD: Da war Erhard dran!)

Es ist eigentlich sehr schade: Über dieses Thema, meine Damen und Herren, spricht jeder, ob er nun in der Schuldeputation ist oder im Schlachthofwesen, meine Damen und Herren, jeder glaubt hier seine Meinung zum Ausdruck bringen zu sollen, meine Damen und Herren. Wirtschaft ist wirklich kein Be-

tätigungsfeld für Laien. Das sollten Sie sich merken.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Abg. Ostendorff [FDP]: Das war wieder einmal ein Eigentor!)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Fichtner.

Abg. **Fichtner** (NPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Starke Unruhe im ganzen Haus)

Können wir weitermachen?

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Es fällt schwer!)

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Der Ausflug in den Mikrokosmos und Makrokosmos mag dahingehen!

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Ökonomie!)

Ökonomie, natürlich, sehr geehrter Herr Kollege, mag dahingehen! Ich würde auch sagen, der Ausflug unseres geschätzten Kollegen Krauss in die Presse mag dahingehen, wenngleich es nach meiner Auffassung so ist, daß man nicht unbedingt alles akzeptieren kann, was schwarz auf weiß gedruckt wird. Ich darf nur auf die Kontroverse zwischen Conny Ahlers und dem Springerverlag verweisen, wo ja doch, wie oftmals mindestens, die Behauptung aufgestellt wird, daß Meldungen nicht so erscheinen, wie sie den Fakten entsprechen.

(Abg. Filzen [CDU]: Das gibt es in Bremen auch!)

Das sei vorweggeschickt.

Ich möchte hier einen Punkt anschneiden, der bei der Debatte noch nicht angesprochen ist, und ich meine, er gehört auch in diesen Bereich. Wir haben kürzlich die Ziffern des Güterumschlags für den Monat Dezember und zugleich auch für das abgelaufene Jahr 1969 bekommen.

(Abg. Hardegen [CDU]: Neuer Rekord!)

Sehr wohl, neuer Rekord! Bei steigender Tendenz des Gesamtgüterumschlags Rekordumsatzjahr. Alles wunderbar in Ordnung. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es läßt sich nicht übersehen, daß wir beim Güterversand — zwar nicht beim Stückgutgüterversand, aber beim Versand von Massengütern — immerhin einen Rückgang von 418 500 Tonnen zu verzeichnen haben.

Nun könnte jemand sagen, das hat ganz bestimmte Gründe, die mit der D-Mark-Aufwertung nichts zu tun haben. Ich darf aber nun mal auf die Presse zurückgreifen, die dazu geschrieben hat: Dieser Rückgang im Güterversand entspricht den konjunkturpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung. Und ich glaube wohl, daß damit zum Ausdruck gebracht werden soll, es ist eine Auswirkung der D-Mark-Aufwertung. Es wäre vielleicht interessant, von dem Herrn Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr einmal zu hören, ob dem so ist und worauf speziell dieser Rückgang zurückzuführen ist.

Auf die Presse bezogen, würde ich sagen, daß man sich nicht darauf beschränken sollte, so lapidare Meldungen einfach abzudrucken, sondern man sollte als bremische Zeitungen, die ja auch die Aufgabe haben, eine Hansestadt zu fördern und zu unterstützen, doch mal solche Fakten mit einigen Kommentaren zu versehen, die unsere Bundesregierung ein bißchen anwärmen, etwas mehr für die Hafenstädte zu denken und natürlich auch zu handeln.

Ich möchte noch eines anschneiden: Es wurde hier von der Werftindustrie gesprochen und von den offenbar nicht vorhandenen Anschlußaufträgen. Darüber läßt sich streiten. Es gibt Herren in diesem Hause, die darüber angeblich etwas mehr wissen wollen. Aber sehen wir einmal von der Werftindustrie ab. Nehmen wir einmal die Investitionsgüterindustrie. Da liegen neue Informationen vor, aus denen hervorgeht, daß der Auftragseingang dieser Industrie aus dem Ausland vom September höchste Spitze plus 45 Prozent bis Dezember auf ein Plus von 1,5 Prozent abgesunken ist. Auftragseingang aus dem Ausland wohlgemerkt!

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Basis?)

Was heißt Basis, ich sage doch, höchste Spitze September 1969, Tiefst Dezember 1969, 1,5 Prozent plus, und keineswegs kompensiert. Im Inland Höchst 38 Prozent etwa, abgesunken auf 16 Prozent, also halbiert.

Das sind Dinge, die doch einigermaßen bemerkenswert sind und die also neben der Werftindustrie nach meiner Auffassung durchaus beachtet werden sollten und beachtet werden müssen. Angesichts dieser Tatsache ist es für mich jedenfalls doch einigermaßen frivol, wenn das Wirtschaftsinstitut des Deutschen Gewerkschaftsbundes jubelnd davon spricht, daß der Auslandsboom nunmehr gebrochen wäre. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat Herr Senator Eggers.

Senator für Wirtschaft und Außenhandel Eggers: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich, meinen Worten voransetzend, eine Feststellung machen: Wir reden so lange über die DM-Aufwertung aneinander vorbei, bis hier jemand im Saale sitzt und glaubt, daß die Aufwertung, ohne jemandem weh zu tun, überhaupt möglich oder überhaupt nötig gewesen wäre.

Herr Präsident, ich darf einige Artikel aus der Presse zitieren, da sie das Ganze wahrscheinlich im Zusammenhang erklären, und weil es so gut ge-

schrieben ist, daß es kaum besser gesagt werden kann.

Die „Frankfurter Allgemeine" von heute schreibt: Noch immer kocht die Konjunktur über. Es herrscht ein gefährlicher Mangel an Arbeitskräften. Steigen die Preise, macht die schleichende Inflation Fortschritte. Natürlich gibt es für diese recht bedenkliche Entwicklung plausible Gründe, die ein Jahr und länger zurückreichen. Das ist die verpaßte Aufwertung, vor genau einem Jahr hätte sie nämlich kommen müssen, damit die Folgen nicht so stark hätten werden sollen.

Zum zweiten ein Zitat des „Weser-Kurier" von heute. Professor Schiller hat gestern gesagt — und er steht dafür als Politiker, und ich wiederhole es und stehe auch dafür —: Es sei das selbstgewählte und daher verdiente Schicksal des Bundeswirtschaftsministers, daran zu erinnern, daß es kein stabilitätspolitisches Mittel gebe, das allen Betroffenen wie Nektar und Ambrosia schmecke. Aber die bitteren Früchte der Stabilitätspolitik seien auf die Dauer bekömmlicher als das süße Gift der Inflation.

Das ist auch Politik für den Verbraucher. Und das so klar also nicht nur von der „Frankfurter Allgemeinen", die als überparteiliches Blatt firmiert, auch vom „Weser-Kurier" als überparteilichem Blatt, ja selbst der „Welt", auch ein überparteiliches Blatt.

(Heiterkeit — Abg. Fichtner [NPD]: Auch die BBZ!)

Aber sie zitiert einen CDU-Abgeordneten, der da sagt: Die CDU sei im Gegensatz zur Regierung — jetzt kommt es — der Meinung, daß die Konjunkturdaten schon Endzeichen für eine Konjunkturwende nach dem 1. Juli liefern. Die meisten Indikatoren sprächen vielmehr eindeutig für ein Anhalten der Hochkonjunktur. Im jüngsten Bundesbankbericht werde befürchtet, daß der Höhepunkt des Preisauftriebs noch nicht erreicht sei.

Meine Damen und Herren, so können Sie hier doch nicht argumentieren! Das sind die Erkenntnisse des Bundestagsabgeordneten Müller-Hermann aus Bremen, die hier zitiert werden!

(Heiterkeit — Abg. Stäcker [SPD]: Das ist aber sehr peinlich, Herr Senator!)

Dann können Sie hier doch nicht argumentieren, daß wir mit Maßnahmen, die dieser preisauftreibenden Tendenz entgegenwirken, aufhören sollen und in die entgegengesetzte Phase eintreten, nämlich mit höheren Subventionen diese gewollte Wirkung der Reduzierung und des Preisauftriebs zurückzudrängen.

(Abg. Klein [CDU]: Davon spricht doch keiner!)

Meine Damen und Herren, wer das nicht begriffen hat aus dieser ganzen Situation, in der die Bundesrepublik steckt, der tut mir leid! Das ist die gewollte Wirkung! Wenn schon, meine Damen und Herren, Zahlen genannt werden, dann sollten richtige Zahlen genannt werden.

Ich darf zunächst einmal die Fischerei erwähnen, damit sie nicht zu kurz kommt.

(Abg. Fichtner [NPD]: Sie kommt ja zu kurz!)

„Frankfurter Allgemeine": „Blick durch die Wirtschaft" vom 17. Februar, also gestern:

(Abg. Koschek [CDU]: Wirtschaftspolitik durch die Zeitung! Haben Sie doch einmal eine eigene Meinung!)

Meine Damen und Herren, Herr Koschek, Ihre Meinung mit Sicherheit nicht, mit Sicherheit nicht!

(Lachen bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Ein polemischer Seitenhieb!)

„... daß die deutsche Fischwirtschaft kurz vor dem Ziel der Verwirklichung einer fischwirtschaftlichen Ordnung des Markts steht. Im Rahmen des Möglichen ist es gelungen, das Verhältnis zwischen Produktion und Absatz auf einen Nenner zu bringen."

Meine Damen und Herren, das ist unter maßgeblicher Beteiligung Bremens geschehen. Das nehme ich für Bremen in Anspruch!

(Beifall bei der SPD)

Frau Förster, Sie hatten in einigen Punkten nur eine Wiederholung dessen gebracht, was ich in der vorigen Bürgerschaftssitzung gesagt hatte. Da liegen wir gar nicht auseinander. Ich habe hier die Schwierigkeiten der Werftindustrie angesprochen. Ich habe darauf hingewiesen, daß es nicht nur diese drei Gruppen gibt, sondern daß es noch andere gibt. Das steht alles in meinem Bericht drin und läßt sich nachlesen. Es gibt sogar ein wörtliches Zitat. Wenn Sie sich an den Schluß Ihres Vortrags erinnern und in meine Ausführungen hineinschauen, da steht auf Seite 3/4 im vorletzten Absatz: „Auf die Schwierigkeiten der Rückgewinnung von Marktanteilen brauche ich nicht besonders hinzuweisen." Wortwörtlich ist das in meinem Vortrag enthalten.

(Abg. Klein [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Herr Präsident, ich möchte meine Ausführungen zu Ende bringen. Ich stehe Ihnen dann aber zur Verfügung, Herr Klein.

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Schäfer hat hier die Aufwertungen angesprochen, daß die anderen nicht mitgemacht hätten. Es wird doch einfach das größte Währungsgefälle verschwiegen. Die größte Währungsdisparität bestand in Europa zwischen dem Franc und der D-Mark. Frankreich war mit der Abwertung vorausgegangen, und wir haben aufgewertet. Das englische Pfund ist nach unserer Aufwertung ja nachgezogen. Der Franc ist vorausgegangen vor

der deutschen Aufwertung, und zwar am 10. 8. 1969.

(Abg. Klein [CDU]: Und Schiller war stolz, daß er nicht mitzog!)

Meine Damen und Herren, die Währungsdisparität bringt die Schwierigkeiten in die Wirtschaft hinein und muß beseitigt werden.

Wenn hier von Überhängen aus der Devisenwirtschaft im Zusammenhang mit Devisenbewirtschaftung gesprochen wird, dann wird doch versucht, einen falschen Eindruck zu erwecken. Die Devisenbewirtschaftung hat man in dieser Situation doch nur gemacht, um den Ansturm der Devisen, die von draußen nach Deutschland hereinkamen, abzuwehren, und nicht umgekehrt, wie es Frankreich gemacht hat, seine Devisen nicht nach draußen gehen zu lassen. Es war keine Bewirtschaftung in dem Sinne, wie Sie es aus alter Erinnerung noch verstehen, sondern hier sollte eine Abwehr zum Schutz der Deutschen Mark bestehen.

Es darf auch ein Fehler nicht gemacht werden: Die Aufwertung hat nur ganz am Rande etwas mit der Kapitalsituation in der Bundesrepublik zu tun. Die Bundesbank betreibt im Augenblick eine Politik des Hochzinses, die allein den deutschen Markt angeht, weil die überschäumende Konjunktur immer noch vorhanden ist. Wir werden erst zu niedrigeren Zinssätzen kommen, wenn diese Konjunktur einigermaßen eingedämmt ist. Sie können nichts anderes erwarten und hier diskutieren, wenn Sie selbst feststellen, Ihr Wirtschaftsexperte — nicht Herr Koschek, den meine ich jetzt nicht —

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Müller-Hermann, der im Bundestag auftritt und sagte, es sei noch bis Ende des Jahres eine überschäumende Konjunktur. Aber hier fordern Sie, es müsse der Kapitalzins gesenkt werden.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Die Forderung ist nicht gestellt worden!)

Die Forderung ist gestellt worden!

Meine Damen und Herren, ich zitiere das hier nur, damit der falsche Eindruck nicht haften bleibt, daß diese Dinge etwas mit der Aufwertung zu tun haben. Sie haben gar nichts damit zu tun.

Dann, Herr Dr. Schäfer, Sie haben gesagt, daß dem Verbraucher aus der Aufwertung heraus ja nichts zugute käme, da die Preise doch nicht gesunken sind. Dazu muß ich feststellen: Leider. Aber diese Feststellung habe nicht nur ich getroffen, und die gesamte Wirtschaft, die daran beteiligt ist, sollte sich das vor Augen führen. Die Landwirte haben in der Richtung eine Andeutung gemacht, daß sie als Produzenten ihre Preise haben herunternehmen müssen und daß die Zwischenspannen bei den Verbrauchern nicht angekommen sind, daß sie hängen geblieben sind, und daß der Verbraucher keinen Nutzen davon gehabt hat. Und die Bauern drohen damit, eine eigene Absatzorganisation zu gründen, um ihre Produkte besser verkaufen zu können, und nicht mit diesen Vorbelastungen. Das ist nicht von mir! Das ist vom Bauernverband vorgetragen worden, und ernsthaft wird diese Situation erörtert.

Ich bin der Meinung, daß aufgrund der Situation, der Importsituation, erhebliche Preissenkungen möglich gewesen wären. Aufgrund der immer noch überschäumenden Konjunktur nutzt aber jeder diese Situation aus, um zu Höchstpreisen zu kommen. Und das ist auch eine Gefahr innerhalb unserer Wirtschaft.

(Beifall bei SPD und FDP — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das kann man doch nicht beklatschen!)

Meine Damen und Herren, ein Letztes! Wer sich für diese Dinge interessiert, hat dies in der ganzen letzten Zeit aus verschiedenen Gesichtspunkten dargestellt nachlesen können in Fachzeitungen, in Fachartikeln, mit Fachleuten in Unterhaltungen festgestellt. Ich wüßte diesen Diskussionen heute nichts mehr hinzuzufügen.

Aber, meine Damen und Herren, etwas zu Ihrem Vorwurf, wir hätten nichts getan! Erstens einmal darf ich hier feststellen, die Werfthilfeprogramme sind unter maßgeblicher Beteiligung Bremens geschehen, das Siebte ist unter Federführung Bremens geschehen. Wir rechnen mit der Verabschiedung Ende dieses Monats. Die Verabschiedung der früheren Werfthilfeprogramme unter dem Wirtschaftsminister Schmücker und unter dem Wirtschaftsminister Erhard haben zwölf Monate, ja anderthalb Jahre gedauert, bis wir solch ein Programm durchpauken konnten. Dieses liegt jetzt, wenn Sie es rein rechnerisch feststellen, seit dem 1. 1. 1970 vor, da war das andere zu Ende. Wenn Sie es aber selbst von der Aufwertung her rechnen wollen, ist es erst vier Monate in der Diskussion, und wir stehen schon vor der Verabschiedung dieses Werfthilfeprogramms.

Aber noch eins, meine Damen und Herren: Wir haben in den vorhergehenden Werfthilfeprogrammen, zum Beispiel im Sechsten Werfthilfeprogramm — ich will jetzt die Zahlen, die Herr Dr. Franke genannt hat, hier einmal deutlich machen, was sie für die Werften bedeuten, danach folgen noch 6 A und 6 B, und jetzt sind wir kurz vor der Verabschiedung des Siebten Werfthilfeprogramms —, wir haben in dem Sechsten Werfthilfeprogramm ein Kreditvolumen auf die Beine gestellt, um den Werften ein Auftragsvolumen von 1,56 Milliarden DM in drei Jahren zu ermöglichen. 1,56 Milliarden DM in drei Jahren! Wir sind heute in der Diskussion, und unsere bremische Forderung lautet, für ein Jahr 1,44 Milliarden DM Kreditvolumen zu ermöglichen. Das ist der dreifache Betrag, und wir haben durchaus berechtigte Hoffnungen, wenn es nicht noch politisch zerredet wird, daß wir mit zumindest einem großen Teil dieses Betrages auch durchkommen werden, daß zumindest das Eineinhalbfache, wenn nicht das Zweifache an Kreditvolumen für die deutschen Werften möglich ist. Und es kann keiner davon reden, daß in Bremen eine Krisensituation bei den Werften vor-

handen ist, nur weil einmal ein Schiffsauftrag nach England gegangen ist.

Meine Damen und Herren, das wird ewig so sein. Schiffsaufträge sind nicht nur eine Frage der Finanzierung, sind nicht nur eine Frage des reinen Wertes, sondern auch des Zeitablaufs für den Interessenten, wann er den Helgen freibekommt, und es sind auch seine Zahlungsmöglichkeiten, über welche Währung er bezahlen muß. All diese Dinge spielen eine Rolle. Es sind auch die Konditionen, die im Augenblick sicherlich bei uns schlecht sind. Alles das spielt hinein.

Wir in Bremen haben das unsrige getan, um den Werften hier die Arbeitsmöglichkeiten zu geben, und ich kann das nur unterstreichen, was Frau Förster gesagt hat: Bis 1973 ist bei den Großwerften die Auftragslage gesichert. Wir bemühen uns jetzt, die Anschlüsse für 1974/75 zu bekommen. Es hat noch keine Zeit gegeben in der Geschichte der bremischen Werften, wo gesicherte Aufträge so weit im voraus vorhanden waren. Dann kann man hier nicht in Katastrophenpolitik machen.

(Starker Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat Herr Senator Dr. Borttscheller.

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr Dr. Borttscheller: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Markus Krauss, Sie haben uns das Bild vom Hammel und seiner Herde vor Augen geführt. Der Hammel war am 29. September der Kanzler Kiesinger.

(Beifall bei FDP und SPD)

Denn er hat damals, an diesem Tag, einen Tag nach der Wahl, de facto die Aufwertung durchgeführt. Was danach kam, von seiten des Herrn Schiller, war eine de jure-Aufwertung. Man muß also sehr vorsichtig sein in der Wahl von Bildern, wenn nicht die Gefahr bestehen soll, daß Eigentore fabriziert werden.

Trotzdem Herr Ströh meint, es sei für die Katz, Frau Förster, mit der Fraktion zu diskutieren, der Sie die Ehre haben anzugehören, sage ich, Frau Förster, mit Ihnen zu diskutieren ist ehrenvoll und bringt Gewinn. Denn Sie geben mir recht — wie schön —, ich habe in der Tat über den Senat und aus dem Munde meines Kollegen Eggers erklärt, daß ich für pauschale Hilfen bin und für generelle Hilfen, wenn man sich auf das Glatteis begäbe, punktuell, individuell Hilfen zu geben, dann würde es eine Verwaltungsarbeit geben und dennoch das Unrecht nicht beseitigt. Dabei bleibe ich!

Aber ich mußte mich auch belehren lassen dahin, daß im Verband Deutscher Reeder nicht nur rassereine Reeder sitzen, von denen Sie wahrscheinlich glaubten, man würde ihnen die Hilfe in erster Linie zugute kommen lassen, sondern auch Sofa-Reeder, die aus rein finanzpolitischen Gesichtspunkten unter Einsparung von Steuern Schiffe gebaut haben, Sofa-Reeder.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Pudding-Reeder!)

Es gibt des weiteren Reedereien, die Werkverkehre führen, wie Shell, die Mineralöle über die Ozeane führen, um ihre Raffinerien zu versorgen. Ich glaube nicht, daß wir alle, die wir hier sind, im Sinne haben konnten, solche Sofa-Reedereien und solche Werk-Reedereien, angelehnt an große, leistungsfähige Konzerne, zu unterstützen. Das hieße doch, da wo Geld verdient wird, noch einen draufzusetzen, damit sie noch reicher werden. Das geht ja wohl nicht.

Ich habe aber sehr viel Sinn dafür, daß beispielsweise die Oetker-Gruppe mit in die Maßnahmen fallen sollte, die wir ins Auge gefaßt haben. Es sind klassische Reeder. Wenn auch Herr Dr. Oetker Backpulver fabriziert und damit sehr viel mehr Geld verdient als mit Schiffen, betreibt er doch eine klassische Reederei, und wir sollten ihn nicht ausschließen.

Nun ist es sehr, sehr schwer, alle diese Verschiedenheiten — dazu kommen auch noch Tramp-Reeder, Linien-Reeder, Küstenschiffer, es gehören Reedereien dazu, die dreckige Ladung fahren, andere, die saubere Ladungen fahren, nasse und trockene Ladungen — unter ein Dach zu bringen. Es ist sehr, sehr schwer. Und wenn man nun weiß, daß aus dem Verband Deutscher Reeder und dem Verband Deutscher Küstenschiffer eine Kommission gebildet worden ist, die im Verein mit der „Treuarbeit" gegenüber dem Bundesverkehrsministerium, dem Bundesfinanzministerium und dem Bundeswirtschaftsministerium in die Arena tritt, so kann man sich vorstellen, wie schwer das ist, abzugrenzen und exakte Tätigkeitsmerkmale, hier nicht nach BAT, sondern nach anderen Gesichtspunkten zu finden, um wirklich eine Abgrenzung zu gewährleisten.

Wenn man das weiß, dann muß man behutsamer an die Dinge herangehen. Man kann eben nicht so über Bausch und Bogen nach dem Gießkannenprinzip Subventionen verteilen, man kann nicht wahllos vorgehen bei der Hilfe für die Seeschiffahrt.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte es Ihnen und mir ersparen, den ganzen Katalog von Briefen und Telegrammen und Fernschreiben und Telefongesprächen und persönlichen Gesprächen aufzuführen seit dem 2. Oktober 1969 mit dem Bundeswirtschaftsminister, mit dem Bundesverkehrsminister, mit dem Bundesfinanzminister, dem Verband Deutscher Reeder und so weiter, und Ihnen nur das Endergebnis mitteilen, um Ihnen zu sagen, wie der Stand der Dinge heute ist. Mehr kann ich leider nicht. Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen zu sagen, was heute im Busch ist.

Der Senator Kern, mein Kollege aus Hamburg, war federführend für das Memorandum, das die Wirtschaftssenatoren und -minister, die Verkehrssenatoren und -minister der vier Küstenländer im Dezember an die mehrfach genannten Bundesminister geschickt haben. Er hat von Herrn Leber am 28. Januar mit

Durchschlag an mich einen Brief bekommen, daß es nicht einfach sei, die echten Auswirkungen der DM-Aufwertung zu analysieren, weil die Zweige der deutschen Seeschiffahrt zu verschiedenartig seien, und man brauche dazu eben eine geraume Zeit. Die Arbeitsgruppe, von der ich eben gesprochen habe, zitiert auch er, und er sagt, er erwarte von dieser Arbeitsgruppe im März zumindest einen Zwischenbericht, und er würde dann die entsprechenden Senatoren und Minister der Küstenländer unterrichten. „Dabei" — ich zitiere wörtlich — „werde ich auch auf die Fragen des Memorandums eingehen, die nicht unmittelbar die Aufwertungsfolgen für die Schiffahrt betreffen, und mich mit der Lage der Schiffsmakler und der Hafenwirtschaft befassen, sowie vor allem auch schiffahrtspolitische Probleme ansprechen."

Am 16. Februar, also vorgestern, hat diese Arbeitsgruppe an einem Tisch gesessen, und sie haben die Schwierigkeiten, von denen ich vorhin sprach, erörtert. Der Verband Deutscher Reeder hat eingeräumt — ein wesentlicher Bestandteil der Arbeitsgruppe —, daß es in der Tat sehr schwer sei, alle Reeder über einen Kamm zu scheren, daß man differenzieren müsse. Wenn das der Verband Deutscher Reeder gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium anerkennt, dann muß man annehmen, daß sehr viel Wahres daran ist. Das beweist eben die Schwierigkeit der Materie.

Die Anerkenntnis dessen, was am 16. Februar in der Arbeitsgruppe besprochen worden ist, ist vom Verband Deutscher Reeder am gleichen Tage erfolgt. Man hat dann, weil man sah und vorsehen muß und vorsehen wird, wie schwierig es sein wird, Subventionen oder Hilfen zu gewähren, den Umweg beschritten, obwohl dies mit der DM-Aufwertung nichts zu tun hat, weil lange vor der DM-Aufwertung Neubauhilfen für die Reeder bereits bestanden haben, eben diesen Weg doch wieder ins Auge gefaßt. Man hat gemeint, man sollte diese Neubauhilfen bereits ab 1970, zumindest aber ab 1971 aufstocken sowie steuerliche Maßnahmen ergreifen, um von dieser Seite die Lage auch der Reeder, die durch die DM-Aufwertung nicht in ihrer Existenz bedroht sind, zu erleichtern.

Um Ihnen eine Größenordnung über diese Hilfen zu geben, möchte ich — Frau Förster, Sie haben die Debatte vom 13. November im Bundestag sehr sorgfältig studiert, ich bin errötend Ihrer Spur gefolgt und habe das gleiche getan — folgendes ausführen:

Herr Arndt hat damals am 13. November, was die Neubauhilfen anlagt, im Bundestag gesagt, daß für 1969 100 Milionen DM ausgeworfen waren, 1970 würden 90 Millionen DM hergegeben, 1971 auch 90 Millionen DM. Und diese Größenordnungen sind es, von denen der Verband Deutscher Reeder meint, sie müßten erhöht werden. Alles, um Ihnen zu zeigen, wie der Stand der Dinge heute ist, und nicht, um zu polemisieren!

Sie wissen, daß im Memorandum der vier Küstenländer vom 12. Dezember 1969 auch die Forderung erhoben worden ist, die ERP-Mittel für die Küstenländer von 12 auf 24 Millionen DM zu erhöhen, also genau zu verdoppeln. Auch hier hat Herr Arndt im November 1969 Angaben gemacht: Daß die Mittel des ERP-Haushalts 25 Millionen DM ausmachten, dazu kämen Darlehen für die drei folgenden Jahre als Bindungsermächtigungen, insgesamt 61 Millionen DM, und außerdem bestünde noch ein weiterer Fonds für Bürgschaften in Höhe von 48 Millionen DM sowie eine Rediskontlinie für Schiffbauwechsel von 190 Millionen DM. Er hat bemerkt — man muß sich das ganz klar vor Augen führen—, daß alle diese Ziffern nicht zu addieren sind, sondern, weil sie auf verschiedene Jahre entfallen, differenziert betrachtet werden müssen. Auch dieses sage ich nur, um Ihnen zu zeigen, wie schwierig die Materie ist, um Ihnen darzulegen, wie der Stand der Dinge ist.

Wir werden nicht erlahmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Küstenländer alles zu tun, um das Dasein der christlichen Seefahrt und der Hafenwirtschaft zu erleichtern. Aber wir müssen uns hüten, zu scharfe Töne anzuschlagen, denn wir wollen vom Bund in anderen Bereichen, die auch die Schiffahrt angehen, die Häfen angehen, die Hafenwirtschaft angehen, noch andere, nicht Subventionen, aber Hilfen bekommen, die auch sehr wesentlich sind.

Wenn ich nun bedenke, seit wann ich, um die Wettbewerbsverzerrungen, die die deutschen Häfen so sehr belasten, aus dem Wege zu räumen, fechte, so ist das fast ein Zeitraum von zehn Jahren.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist jetzt noch schlimmer geworden!)

Ich habe mich, ich darf sagen, mit meinem Freund Hans-Christoph Seebohm, leider Gottes zu früh verewigt, schon streiten müssen, um wenigstens einen Teil der Wettbewerbsverzerrungen aus der Welt zu schaffen. Wenn das so einfach wäre, wie es hier dann und wann gesagt worden ist — auf den Knopf drükken und übermorgen gibt die Bundesregierung entsprechend Hals und läßt die Zechinen springen —, dann wären die Wettbewerbsverzerrungen, die uns viel mehr belasten als das, was heute zur Debatte steht, längst aus der Welt geschaffen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Meine Damen und Herren, ich hatte eigentlich die Absicht, spätestens um 3/4 6 eine Pause einzulegen. Es liegt aber nur noch eine Wortmeldung zu diesem Punkt vor. Der nächste Punkt erledigt sich sehr schnell. Ich nehme an, daß das Haus damit einverstanden ist, wenn wir daher jetzt mit der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) fortfahren.

Das Wort hat der Abgeordnete Gassdorf.

Abg. **Gassdorf** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, erneut in die Debatte einzugreifen, aber eine Äußerung von Ihnen, Herr Senator Dr. Borttscheller, gibt mir Veranlas-

sung, hier noch einmal die Richtigstellung vorzunehmen.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Der Hammel?)

Nein, der Hammel interessiert mich nicht. Wir haben auch nicht so protestiert wie Sie damals, als Herr Dr. Sieling nämlich sagte, der Bundeswirtschaftsminister sei ein Schwätzer. Wir haben nicht so reagiert wie Sie damals, als dieser Hammel eben beispielhaft zitiert wurde. Also so empfindlich waren wir gar nicht.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Lieber Hammel als Schaf! — Abg. Klein [CDU]: Wir verstehen, daß die FDP Torschlußpanik hat!)

Herr Senator, Sie haben ausgeführt, daß Herr Bundeskanzler Kiesinger damals de facto die Aufwertung vollzogen habe, und Herr Bundeswirtschaftsminister Schiller nur noch de jure. Ich glaube, so einfach ist das wirklich nicht gewesen. Nach dem Ausgang der Bundestagswahl und nachdem sich ein erster Trend abzeichnete hinsichtlich einer zukünftigen Koalitionsbildung, war es nunmehr ein Akt staatsmännischer Verantwortung, diesen wichtigen Schritt zu tun,

(Abg. Reichelt [SPD]: Weil er fällig war!)

um Schaden von der Bundesrepublik abzuwenden.

(Abg. John [FDP]: Staatsmännischer wäre es gewesen, wenn es vorher geschehen wäre! — Abg. Klein [CDU]: Schiller war damals auch im Irrtum!)

Daraus, Herr John, ableiten zu wollen, als habe sich nun im Nachhinein, nach der Wahl, die CDU zur Aufwertung bekannt, ist ein Irrtum.

(Abg. Sagner [CDU]: Sehr richtig!)

Die CDU hat ein Jahr lang begründet substantiiert gesagt, warum sie gegen eine Aufwertung ist. Daß die Aufwertung vollzogen wurde, ist ein Fakt in der politischen Landschaft. Der Sinn unserer Anfrage war ausschließlich, von Ihnen, die Sie ja ein Jahr lang für die Aufwertung waren, zu hören, welches Programm Sie denn nun in der Zwischenzeit entwickelt haben.

(Beifall bei der CDU)

Tatsache ist, meine Damen und Herren, Sie sind von Ihren eigenen Wunschträumen überrumpelt worden und müssen heute bekennen, was zu tun wäre, was getan werden müßte. Wir können doch erwarten, daß Sie das vorher entwickeln. Das jedoch haben wir vermißt. Das ist keine billige Polemik. Aber wer ein Jahr für die Aufwertung spricht, von dem kann ich erwarten, daß er auch ein Programm mitbringt, um Schaden abzuwenden und zu sagen, das werden wir so, und das werden wir so machen. Und das haben wir leider auch heute noch nicht erfahren. Das müssen Sie uns leider abnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Antrag: Familienzusatzdarlehen für Altbauten (Drucksachenabteilung II Nr. 224)

Dazu

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 3. Februar 1970 (Drucksachenabteilung I Nr. 98)

Interfraktionell ist vereinbart worden, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes auszusetzen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Die Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Damit ist die Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) erschöpft.

Ich danke den Vertretern des Senats und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 17.47 Uhr)

Druck: Hans Krohn, Bremen